Kanonenbootpolitik der Kreml - Zaren
Seite 5

C 21246 E

Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt Euch!

ROTER MORGEN



Zentralorgan der KPD / Marxisten-Leninisten

Nr. 9 vom 10. März 1973 7. Jahrgang 50 Pfennig

GEMEINSAM GEGEN DEN AGRESSOR ISRAEL

'Gefühle tiefster Trauer' bewegen Nixon. Die US-Massenmörder und ihre Freunde riefen wieder einmal nach 'Gerechtigkeit'. Die Erschiessung der drei Geiseln in Khartum hat die imperialistischen Wölfe wieder ihr Geheul vom notwendigen Kampf gegen den 'internationalen Terrorismus' anstimmen lassen.

Als vor wenigen Tagen die israelischen Zionisten mindestens 92 Flugzeugpassagiere kaltblütig ermorden liessen, da sprachen die Imperialisten nicht von der 'Gerechtigkeit' und dem 'Terrorismus'!

Bei den werktätigen Massen in der ganzen Welt löste dagegen dieser Terrorakt der Zionisten eine Welle der Empörung aus. Der israelische Aggressor stand isolierter denn je da. In allen arabischen Ländern fanden Protestkundgebungen und Demonstrationen statt. Über eine Million Transportarbeiter der arabischen Seehäfen und Flugplätze traten in einen Proteststreik. Überall wurden die Regierungen der arabischen Staaten aufgefordert, entschiedene Massnahmen zur Zügelung der zionistischen Aggression zu ergreifen.



Terror nach aussen – Terror nach innen. Israelische KZ's und ihre Bewacherin Golda Meir.

Die palästinensische Befreiungsbewegung ist gerade jetzt auf die Geschlossenheit der eigenen Reihen und die Solidarität der Völker der Welt angewiesen.

Nixon hat in seiner Regierungserklärung angekündigt, dass er sich nun verstärkt den Problemen im Nahen Osten zuwenden wolle. Und die Ereignisse der letzten Tage beweisen, dass die US-Imperialisten im Verein mit den Zionisten einen entscheidenden Schlag gegen die arabischen Länder vorbereiten. Es sind vor allem die grossen Erdölkonzerne, die nach einer 'schnellen Lösung' der Nahostfrage drängen.

In seiner Pressekonferenz Anfang Februar kündigte Aussenminister Rogers für die Zukunft eine 'aktive Rolle' der USA an, "damit die Gespräche zwischen Israel und den arabischen Ländern für eine Teillösung des Konflikts beginnen". Die USA werden diese 'aktive Rolle' nicht allein spielen. **"Dazu", fügte Rogers nämlich hinzu, "haben wir nicht nur mit den beiden Seiten im Nahostkonflikt unsere Meinung ausgetauscht, sondern auch mit der Sowjetunion".**

Der Besuch des Henkers von Jordanien, Hussein, und des ägyptischen Politikers Ismail in den USA, der Brief Breshniews an den ägyptischen Präsidenten Sadat und vor allem der Besuch Golda Meirs in Washington in den Tagen nach den Ausserungen Rogers beweisen, dass die beiden Supermächte mit einer Neuauflage des Rogers-Plans über Teillösungen im Nahen Osten die arabischen Länder zur Kapitulation zwingen wollen.

Die Vorschläge, die Golda Meir nach ihrer USA-Reise gemacht hat, liegen ganz auf dieser Linie. Vorverhandlungen über die Freigabe des Suezkanals anbieten und gleichzeitig die anderen besetzten Gebiete als Eigentum beanspruchen – das ist die alte arrogante Haltung der Zionisten. Ausserdem strafen die Abmachungen, die Golda Meir in Washington getroffen hat, ihr Friedensgesäusel Lügen. Wozu denn der 300-Millionen-Dollar-Kredit für den Kauf von Phantomflugzeugen, taktischen Bombern und Kampfhubschraubern, wenn nicht zum Einsatz gegen die arabischen Völker?
Völlig zurecht haben die arabischen Völker darum das 'Friedensangebot' als Kriegsdrohung aufgefasst. Die arabischen Völker fürchten den Kampf nicht. Ägypten hat bereits erklärt, dass es für einen Krieg gegen die Zionisten rüstet.

Ungeachtet der verschiedenen 'Good-Will'-Reisen in die arabischen Länder, zeigt Bonn mit seinen Geld- und Waffenlieferungen an Israel, dass es in diesem Kampf auf der Seite der zionistischen Aggressoren steht. Das bekommen auch die Araber hier in Westdeutschland zu spüren. Vor allem nach dem Massaker in Fürstenfeldbruck wurde eine wahre Progromhetze gegen die arabischen Patrioten gestartet. Hunderte von Arabern wurden ausgewiesen. Die Organisationen GUPA und GUPS – eine gewerkschaftliche und eine Studentenorganisation der Palästinenser – wurden verboten. Dieser Terror zeigte auch vielen Menschen hier, wer einen gerechten und wer einen ungerechten Krieg führt.

Bundeskonferenz der Gewerkschaftsopposition hat stattgefunden

Am 3./4.März hat eine weitere Bundeskonferenz der Gewerkschaftsopposition stattgefunden. Delegierte und einzelne Kollegen aus ca. 50 Betrieben Westdeutschlands und Westberlins diskutierten die Erfahrungen der letzten Kämpfe, die Vorbereitung des 1.Mai und die weiteren Massnahmen zur Stärkung der GO. Ein grosser Schritt dabei war die Verabschiedung eines Statuts. Eine neue Leitung der Gewerkschaftsopposition wurde gewählt.

Die KPD/ML begrüsst und unterstützt den Zusammenschluss der Arbeiter und Angestellten, die sich klassenkämpferisch für die gewerkschaftlichen Interessen der Arbeiterklasse einsetzen. Die immer offenere Verratspolitik der Gewerkschaftsführung macht die Organisierung der oppositionellen Gruppen und Kollegen im DGB notwendig.

Wir werden im nächsten Roten Morgen einen ausführlichen Bericht über die Bundeskonferenz der GO veröffentlichen.

Zur revolutionären Gewerkschaftsarbeit der KPD/ML siehe den

Bei MANNESMANN-Huckingen: Betrieb besetzt!

Profilwalzwerk und Verwaltungsgebäude von Arbeitern besetzt! Das war der Stand beim Streik bei Mannesmann/Huckingen am Montag abend.

Begonnen hatte der Streik am Mittwoch. Schon seit langem forderten die Kollegen eine Neubewertung ihrer Arbeitsplätze, mehr Lohn und Aufhebung der Spaltung in nunmehr 20 Lohngruppen. Am Mittwoch morgen rückte die Betriebsleitung mit einem Angebot heraus, nach dem nur 25% der Kollegen rund 19 Pf. mehr bekommen hätten, die in den untersten und höchsten Lohngruppen. Der Betriebsrat lehnte ab. Als der Betriebsratsvorsitzende am Mittwoch den Kollegen der Frühschicht berichtete, wurde zwei Stunden lang empört diskutiert, die Arbeit lag still.

Als die Mittagsschicht von dem unverschämten Angebot erfuhr, versammelten sich die Kollegen und verlangten, der Knapp (Betriebsratsvorsitzender) solle kommen. Kampfmassnahmen wurden beraten – Knapp zögerte. Aber ein Kollege schlug sofort vor, 'nach vorne' – zum Direktionsgebäude zu ziehen.

Als der Demonstrationszug dort anlangte, wurden drei Kollegen gewählt, um mit dem Arbeitsdirektor Henne zu verhandeln. Die Kollegen suchten den 'Arbeitervertreter' im Aufsichtsrat vergeblich. Da entschlossen sich die wartenden Kollegen kurzerhand, selbst ins Gebäude zu gehen. Erstaunt mussten sie hören, dass Henne in Luxemburg sei. Anstelle des 'Grafen von Luxemburg' kam der Personaldirektor: Lohnerhöhung für alle sei nicht möglich, höchstens für einzelne. Ausserdem sollten sie wieder an die Arbeit gehen.

Die Kollegen dachten nicht daran, sondern nahmen jetzt die Organisierung des Streiks auf. Sie einigten sich zunächst auf die Forderung 100% Mindestlohn und Bezahlung der Streikschichten.

Der Schichtwechsel bei der Besetzung des Direktionsgebäudes wurde organisiert und eine Ordnung bei der Besetzung festgelegt wie: Es darf kein scharfer Schnaps getrunken werden.

Fortsetzung auf Seite 2

AUS DEM INHALT:

Bundesgrenzschutz:
Brutale Ausbildung – wofür ? S.2
Vietnamkonferenz:
Ein weiterer Sieg S.2
Chemie-Tarifkampf vorbereiten S.3
Arbeiterkorrespondenzen S.3
Wer ist Gewerkschaftsfeind? S.4
Mietwucher durch Zechenherren ...S.4
Kanonenbootpolitik der Kremlzaren S.5
Nato-Ring um Afrika S.5
Sioux gegen US-Imperialismus S.5
Brennende Fragen:
Spaltung mit Prinzip ? S.6
Auf dem Weg zur Einheit S.7
Brutaler Polizeiüberfall
auf Jugendliche S.7
Leserbriefe S.7
Kongress
der Kriegsdienstverweigerer S.8
Solidarität der Soldaten S.8
Chinesische Eishockeyspieler
in Dortmund S.8

Fortsetzung von Seite 1

In der Nacht zum Donnerstag kam dann der erste Drohbrief der Werksleitung an die streikenden Kollegen. Fieberhaft wurde versucht, Streikbrecher zu finden. Am Donnerstag und am Freitag folgten die nächsten Briefe, in denen mit arbeitsrechtlichen Konsequenzen gedroht und arrogant festgestellt wird, dass mit streikenden Arbeitern keine Verhandlungen geführt würden.

Aber stärker als die Einschüchterungsversuche der Unternehmer ist die Kampfkraft der Kollegen. Begeistert werden Flugblätter einer Gruppe oppositioneller Gewerkschafter bei Mannesmann aufgenommen, die die Forderung der Kollegen am ganzen Werk verbreitet und zum Mitstreiken auffordert.

Am Freitag mittag kommt dann auch der erste vierstündige Solidaritätsstreik im Blasstahlwerk I. Das Profilwalzwerk ist inzwischen dicht. Die Betriebsleitung versucht weiter, Kollegen zum Streikbruch zu gewinnen und bietet Arbeit in anderen Teilen des Werks. In einem weiteren Drohbrief am Samstag erklärt die Betriebsleitung, dass sie dafür sorgen wird, dass mit einer Mannschaft von 'Arbeitswilligen' am Montag im PWW die Arbeit wieder aufgenommen wird. Ein Meister wird sogar aus Mallorca zurückgeholt. Aber er hätte ruhig dort bleiben können. Denn die Mannesmann-Arbeiter reagierten prompt auf diese Provokation.

Die Hälfte der Streikenden marschiert ins PWW, die Kollegen setzen sich auf die Walzen. Die Streikbrecherarmee muss unverrichteter Dinge wieder abziehen. Dafür kehren die meisten der Kollegen aus dem PWW, die anfangs nicht mitgestreikt hatten, nun zu den Streikenden zurück.

Angesichts dieses mutigen Kampfes wächst die Solidarität in den anderen Werksteilen. Am Montag streiken die Eisenbahner und die Arbeiter im Blasstahlwerk II für je zwei Stunden.

Eine Ausweitung des Streiks auf das ganze Werk ist natürlich der Alptraum der Mannesmann-Kapitalisten. Mit einem weiteren Brief, in dem angekündigt wird, dass sie von jedem streikenden Kollegen 3000 DM Schadenersatz einklagen werde,n sollen die Kollegen endgültig einschüchtern. Aber soweit bei Redaktionsschluss bekannt war, hat dieser Brief die Wut nur weiter gesteigert.

Nachdem die Kollegen aus dem PWW schon am Sonntag einen Brief an die anderen Kollegen verteilt hatten, rückte nun die konkrete Beratung über die Ausweitung des Streiks endgültig in den Mittelpunkt.

Die Genossen der Partei unterstützten die streikenden Kollegen nach Kräften. Sie waren die ganze Zeit unter den streikenden Kollegen. Sie diskutierten mit ihnen, informierten die Kollegen der anderen Werke. Wahrend die D'K'P am Sonntag ein Flugblatt verteilte, dass darin gipfelte, dass die noch nicht streikenden Mannesmann-Arbeiter für die PWW-Kollegen Spenden sollten, stellten die Genossen in ihrem Flugblatt klar, dass Solidarität nichts anderes heissen kann als Mitstreiken. Gleichzeitig konnten sie den Arbeitern Geldspenden aus Düsseldorf, Bochum und von der GO-Konferenz, die gerade in Hannover tagte, überreichen: Insgesamt 700 DM.

Vietnamkonferenz in Paris:
Ein weiterer Sieg

Das Zentralorgan der Partei der Werktätigen Vietnams, 'Nhan Dan', bezeichnete das Ergebnis der Pariser Vietnamkonferenz als einen "neuen und großen Sieg unseres Volkes und der Völker der Welt."

Tatsächlich gelang es dem US-Imperialismus und seinen Komplizen nicht, die Grundlagen des Waffenstillstandsabkommens zwischen USA und DRV vom 27. Januar auszuhöhlen und einzuschränken. Dieses Abkommen drückt die Kapitulation der USA aus, hat den US-Imperialismus gezwungen, seine Verpflichtung für die Durchführung der Friedensregelung in Vietnam öffentlich zuzugeben. Zurecht bezeichnet das Zentralorgan der KP Chinas, 'Renmin Ribao', ebenfalls das Pariser Dokument als Ergebnis der "Heldentat des vietnamesischen Volkes in seinem langen tapferen Kampf für Unabhängigkeit, Souveränität und Einheit seines Landes".

Auch in Paris versucht die USA die Weltöffentlichkeit zu täuschen: Die USA habe angeblich nach dem offiziellen Truppenabzug nichts mehr mit der Entwicklung in Vietnam zu tun. Mit verschiedenen Manövern sollte die tatsächliche weitere Aggressionspolitik der USA, ihre Unterstützung der Thieu-Clique, verschleiert werden. So sollte UNO-Präsident Waldheim den Vorsitz übernehmen, um die USA aus dem Blickfeld zu rücken. Das wurde verhindert. Ebenso wurde verhindert, dass der ständige Bruch des Waffenstillstandsabkommens durch die USA-Thieu-Clique durch eine unwirksame weitere Kontrollinstanz vertuscht werden kann. Auch der Versuch der USA, über die Köpfe der Völker von Laos und Kambodscha hinweg, eine 'Regelung' auf dieser Konferenz zu treffen, schlug fehl.

Wie ernst die Friedensabsichten des US-Imperialismus sind, zeigte sich nicht nur in Paris, sondern vor allem in Indochina selbst. US-Bomber starteten von Thailand aus in Richtung Kambodscha. Die US-Marionette in Vientiane (Laos), Prinz Souvanna Phouma, erklärte, die USA würden trotz Waffenstillstand demnächst ihren Ausrottungsfeldzug fortsetzen. Das gleiche äusserte die US-Marionette Thieu in Saigon: Die USA würden in 'äusserst heftiger Weise' auf Verstösse gegen das Waffenstillstandsabkommen reagieren.

Wer aber wirklich gegen das Abkommen verstösst, ist klar: Diejenigen, die das Genfer Indochinaabkommen mit Füssen traten, dann 20 Jahre lang mit faschistischer Gewalt in Saigon herrschten und auch diesmal Frieden und wirklich freie Wahlen fürchten, wie die Pest.

Unsere Waffe: ROTER MORGEN!

Wir danken allen Genossen für ihre Unterstützung!

6. 2.	R.R., Bochum	16,–
9. 2.	Spende vom Flohmarkt-Verkauf	150,–
10. 2.	Schreiber, Kiel	288,50
12. 2.	Berlin-Wedding, Erlös von Buchverkäufen	18,–
12. 2.	Hochzeitsgesellschaft, München	70,–
12. 2.	M.F., Dortmund	2,–
14. 2.	Genossen aus Hannover	23,–
14. 2.	Wette verloren, Würzburg	15,–
14. 2.	St.R., Würzburg	13,–
20. 2.	R.S., Marburg	40,–
20. 2.	Abs. Karlsruhe	77,–
19. 2.	T.R., Nürnberg	50,–
20. 2.	B.H., Siemens Nürnberg	20,–
20. 2.	R.T., Soest	28,–
22. 2.	Lehrerin aus Berlin-Charlottenburg	40,–
22. 2.	Kunden des Thälmann-Buchladens, Kiel	25,–
22. 2.	Schafskopfclub 'Roter Oktober', München	60,–
28. 2.	R.G., 1 Berlin 44	13,–
1. 3.	Leser aus Marburg	6,–
1. 3.	Bücherspende eines Genossen aus Marburg	586,66
1. 3.	S.H.W., England	23,50
		DM 1 564,66

Bundesgrenzschutz:
Brutale Ausbildung

Der Vorsitzende der Gewerkschaft der Polizei, Kuhlmann, hat einige Fakten über die Ausbildung von Bundesgrenzschutzeinheiten der Presse bekanntgegeben. Kuhlmann entrüstet sich scheinbar über die brutalen Ausbildungsmethoden beim BGS. Im Verlauf einer Übung zur 'Bandenbekämpfung', die der BGS gemeinsam mit amerikanischen Streitkräften durchführte, seien Grenzschutzbeamte in einem 'Härtetest' gefoltert worden. Rippenschläge, Ohrfeigen und Schläge auf das Handgelenk seien beim BGS noch die milden Formen körperlicher Züchtigung gewesen.



Die gleiche Ausbildung wie dieser amerikanische 'Terroristenbekämpfer' in Vietnam, erhalten immer mehr auch die Bonner Bürgerkriegstruppen.

Dass Kuhlmann bei seiner Enthüllung andere Motive hat als eine plötzliche Humanitätsanwandlung, beweist die Tatsache, dass er Informationen über diese Ausbildungsmethoden beim BGS bereits seit 1963 sammelt (siehe Süddeutsche Zeitung vom 1.3.73). Kuhlmann macht Stimmung gegen den paramilitärischen BGS, weil dieser "der Polizei ins Handwerk pfuschen will" (Tagesspiegel, 1.3.73). Mit keinem Wort entrüstet sich Kuhlmann über die Ziele dieser Ausbildung, die offen auf der Hand liegen.

Der BGS soll damit gerüstet werden, um – wie er selbst sagt – "bestehende Lücken zwischen kriminalpolizeilichen, schutzpolizeilichen und – neuerdings – militärischen (kriegsähnlichen) Lagen zu schliessen, bei denen es um die **Vernichtung**, nicht die Lähmung des Gegners gehe". (Süddeutsche Zeitung, 1.3.73). Dieses Ziel stimmt mit dem 'humanen Weltbild' Kuhlmanns völlig überein.

Denn hier geht es um den Krieg der herrschenden Klasse gegen die Arbeiterklasse. Schon jahrelang üben Einheiten des Bundesgrenzschutzes die Zerschlagung von Demonstrationen, von Streiks und bewaffneten Aufständen. 1965 zogen BGS-Einheiten vor den Caltexraffinerien mit Schützenpanzerwagen auf und sperrten die Belegschaft mit einem Stacheldrahtverhau in der Fabrik ein. Bei den Eternit-Werken in Hofheim fuhren Panzer vor den Fabriktoren auf und Soldaten kontrollierten die Personalpapiere der Arbeiter. Bei einer Übung 1971 übte der BGS 'Bandenkampf'. Gegner war die Gruppe 'Rot'. 2000 BGS-Soldaten und 300 Fahrzeuge waren im Einsatz. Im Oktober 1970 waren 2000 BGS-Soldaten im Einsatz, um im Raum Alsfeld ein Waldstück von 'Roten Störern' zu säubern. Während der Vorverhandlungen zur Metalltarifrunde fuhren im Raum Stuttgart 20 LKW's des Bundesgrenzschutzes mit vollbewaffneten BGS-Kämpfern vor den Werkstoren auf. Unter dem Einsatzkommando befanden sich auch 15 bewaffnete US-Soldaten.

Diese Liste liesse sich beliebig fortsetzen. Ein Beweis für den Zusammenhalt der internationalen Bourgeoisie im Kampf gegen die Arbeiterklasse zeigt die Tatsache, dass der BGS immer enger mit US-Truppenverbänden zusammenarbeitet. Die deutsche Bourgeoisie ist begierig auf die Kampferfahrungen der US-Armee beim 'Partisanen bekämpfen' in Vietnam. Und sie ist ein eifriger Schüler.

So sieht zum Beispiel die Lösung einer Taktikaufgabe für BGS-Offiziere aus: "Zur Einschliessung des Ortes Fladungen und Säuberung des Ortes, zur Kompensierung der Unzufriedenheit (Aufweichung der Moral der BGS-Soldaten wegen anhaltender Misserfolge) stehen folgende Kräfte zur Verfügung: 75 Grenzschutzbeamte mit Panzerfahrzeugen, Granatwerfer. **Der Ort ist einzuschliessen und innerhalb von 2 Stunden von den Roten zu säubern. Einleitend: längerer Granatwerferbeschuss. Einrücken der Panzerfahrzeuge. Rücksicht auf die Bevölkerung ist nicht notwendig".** (Dieses Taktikaufgabe kam an die Öffentlichkeit, als zwei Offiziersanwärter den Klageweg beschritten, weil sie durchgefallen waren. Ihre Lösung sah den Abbruch der 'Operation Fladungen' vor).

Von Vietnam lernen: Das wird auch die deutsche Arbeiterklasse und ihre Verbündeten. Sie wird lernen, wie das vietnamesische Volk in seinem Kampf erneut bewiesen hat und was Genosse Mao Tse-Tung ein allgemeines Gesetz des Marxismus nennt: "Unruhe stiften, scheitern, abermals Unruhe stiften, wieder scheitern und so weiter – bis zu ihrem Untergang – das ist die Logik der Imperialisten und aller Reaktionäre auf der Welt. – Kämpfen, unterliegen, nochmals kämpfen, wieder unterliegen; erneut kämpfen und so weiter bis zum Sieg – das ist die Logik des Volkes."

NACHRICHTEN

VON D'K'P NICHTS ZU FÜRCHTEN

Abteilung 'Politischer Terrorismus' beim Verfassungsschutz geplant

Beim Bundesamt für Verfassungsschutz soll in absehbarer Zeit eine Abteilung gegen den 'politischen Terrorismus' eingerichtet werden. Aufgabe dieser neuen Abteilung (eine Abteilung gegen 'Linksradikalismus' besteht bereits) ist der verschärfte Kampf gegen die antirevisionistischen revolutionären Kräfte.

In der alten Abteilung bliebe dann nur noch die D'K'P, die damit "organisatorisch von der 'schlechten Gesellschaft' derjenigen getrennt wäre, die den unmittelbaren Terrorismus als Mittel ihres politischen Auftretens einbeziehen." (FAZ, 3.3.73). In diesem Zusammenhang ist interessant, dass Polizeiminister Genscher im Bundestag betonte, es gäbe nach Ansicht der Bundesregierung keinen Anlass, gegen die DKP vorzugehen, da sich ihre Zielsetzung seit der Gründung 1968 nicht verändert habe.

HAUPTTENDENZ REVOLUTION

Die westdeutschen Kapitalisten lassen sich ihre Investitionen in Entwicklungsländer seit 1959 gegen 'politische Risiken' versichern. Das grösste 'politische Risiko' ist natürlich die Vertreibung der Imperialisten aus diesen Ländern. Für ihren Verlust werden sie dann über den interministeriellen Ausschuss für Kapitalanlagegarantien entschädigt – die westdeutschen Werktätigen sollen die Zeche bezahlen.

Seit Bestehen dieses Ausschusses sind nach Informationen des Bundeswirtschaftsministeriums westdeutsche Investitionen in diesen Ländern mit 1,725 Mrd. DM versichert worden. (Gesamthöhe der Investitionen von 1959-1972 6,3 Mrd. DM).

DGB FORDERT REFORM DES AUSLÄNDERRECHTS

Die DGB-Führer haben Forderungen zur Änderung des Ausländerrechts beschlossen. Danach sollen Ausländer ein Recht auf Aufenthalt haben, wie jeder deutsche Arbeiter auch. Allerdings erst dann, wenn sie sich 'bewährt' haben – nach 10 Jahren Arbeit in der BRD. Kein Recht auf Aufenthalt hat nach Meinung der DGB-Führer jeder ausländische Arbeiter, der die 'Grundordnung oder Sicherheit der Bundesrepublik gefährdet'; der wegen eines Verbrechens oder Vergehens verurteilt ist (also zum Beispiel bei einem Ladendiebstahl erwischt wurde). Auch psychisch Kranke duldet der DGB nicht. Ausgewiesen werden soll weiter, wer nicht in der Lage ist, seinen Lebensunterhalt zu bestreiten – arbeitslose Ausländer haben also nach Ansicht der DGB-Führer ebenfalls in Westdeutschland nichts verloren.

Fazit: Nur der Ausländer ist kein Untermensch, der den westdeutschen Kapitalisten Profit bringt und sich sklavisch unterwirft!

ROTER MORGEN

Herausgeber: ZK der KPD/ML
Verlag G. Schubert

Verlag und Redaktion: G. Schubert, 43 Essen 14, Postfach 35 07. Bestellungen an Vertrieb: 87 Würzburg, Postfach 612.

Postscheckkonto Essen Nr. 46420 – 435 (G. Schubert).
Verantwortlicher Redakteur: Ernst Aust, Hamburg. Druck: Würzburger Schnelldruck. Erscheinungsweise: Wöchentlich samstags; Einzelpreis 50 Pfennig; Abonnement 25,– DM für ein Jahr (52 Ausgaben). Das Abonnement ist für ein Jahr im Voraus durch Überweisung auf unser obenstehendes Konto zu zahlen. Abonnements verlängern sich automatisch, wenn sie nicht einen Monat vor Ablauf der Frist gekündigt werden. Ausgenommen davon sind Geschenkabonnements.

AUS BETRIEB UND GEWERKSCHAFT

Chemie-Tarifrunde:
Erpressungsmanöver der Kapitalisten - Verrat bei den Bonzen
Den Lohnkampf vorbereiten !

Mit offenen Drohungen gegen die Arbeiter gehen die Chemiekapitalisten in den Lohnkampf. Von Continental berichtet zum Beispiel die 'Gewerkschaftsoppositionelle Information':
"In der bevorstehenden Tarifrunde hat Dr. Lohauss einen 100Millionen Lohnraub angekündigt.
Anfang Januar hat er die Betriebsratsvorsitzenden der drei Werke Hannover zu einem internen Gespräch eingeladen. Hier hat er klipp und klar die Alternative gestellt, dass der Vorstand jeder neuen Lohnforderung der neuen Tarifrunde, die seine Konzeption übersteigt, mit drastischen Massnahmen entgegen wirken will.
So soll sie aussehen: Kündigung der laufenden Gratifikation, 20 Pfg. pro Stunde. Ferner Aufkündigung der Drei-Schichten-Zulage, Reduzierung der Zwischenstufe, Zusammenlegung der drei Schichten in die erste und zweite Schicht – dadurch Einsparung der Nachtschichtzulage. Das ist eine infame Nötigung, Erpressung und selbstherrliche Unternehmerwillkür!"



1971 : Streikende Chemie-Arbeiter in Marl-Hüls

Entschlossen, um jeden Pfennig zu kämpfen, sind natürlich nicht nur die Conti-Kapitalisten. Der Vorsitzende des Verbandes der Chemieindustrie, Sammet, hat schon vor Wochen mit Preissteigerungen gedroht, wenn der Abschluss bei Chemie nicht niedriger wäre als bei Metall. Und auch heute noch gültig ist das Abkommen unter den Chemiekapitalisten von 1971, das schwarze Listen, Aussperrung und Polizeieinsatz vorschreibt.

Diese Verbrechermethoden der Chemiekapitalisten zeigen, wie gross ihre Angst vor einem zweiten 1971 ist, wo 300 000 Chemiearbeiter im Kampf für ihre Forderungen standen; wo sich im brutalen Polizeieinsatz, hinter dem Gerede von Stabilität und sozialem Rechtsstaat das brutale Gesicht der Kapitalisten und ihres Staates zeigte.

Sie fürchten die Empörung der Chemiearbeiter zu Recht. Denn in diesem Jahr brauchen die Kollegen die Lo[hnerh]öhung dringender denn je.

Rapide sind die Preise gestiegen. Ein Hundertmarkschein geht doch heute schon drauf bei einem Samstagseinkauf für eine mehrköpfige Familie. Und dann noch mehr Steuern auf das Benzin! Von allen Seiten wird der Arbeiter geschröpft!

Aber die Streiks bei Hoesch, Mannesmann, in Velbert und anderswo zeigen: der Arbeiter lässt sich nicht zum Bettler machen.

Das wissen auch die Bonzen von der IG Chemie. Genau wie die Kapitalisten steckt ihnen den Angst vor den kämpfenden Kollegen in den Knochen. Eines der Mittel, mit denen sie den Kampf abwürgen wollen, sind die neuen Richtlinien über den Tarifkampf, über die wir im letzten Roten Morgen berichteten. Nachdem sie so den Gewerkschaftapparat auf Unterdrückung der Kollegen getrimmt haben, kommen sie jetzt mit demagogischen Sprüchen. So Glaser, Chemiebonze von NRW: "Es geht der deutschen Chemie nachweisbar besser als der Metallindustrie. Darum bestehen wir auch auf einem höheren Abschluss als 8,5%."K
(Handelsblatt, 28.2.73)

Wie es dem Chemiearbeiter geht, interessiert die Bonzen also wenig.

So sind denn auch die Forderungen, die sie aufgestellt haben, ein schlechter Witz. 11,5% für die höheren Lohngruppen, 67 Pfg. für die Lohngruppen I und II. Überall in den Betrieben sind bisher Forderungen um 15% aufgestellt worden. Immer noch steht die alte Forderung der Chemiearbeiter aus den letzten 2 Jahren von 120DM.

Aber es geht nicht nur um die Höhe der Forderungen. **Mit dieser gestaffelten Forderung von Prozenten einerseits und festen Geldbeträgen andererseits soll von vorneherein ein Keil zwischen die Kollegen getrieben werden. Neben der Spaltung in verschiedene Untergruppen wie Kautschuk, Keramik und Chemie; in verschiedene Tarifbezirke; in Arbeiter und Angestellte, jetzt auch noch der Versuch, Facharbeiter und ungelernte Arbeiter auseinanderzubringen.**

Aber die IG-Chemie-[B]onzen werden bei dieser Tarifrunde ihr Gesicht genauso verlieren, wie ihre Kumpane von der IGM bei den Kämpfen in der Metallindustrie.

Entscheidend ist, dass die Chemiekollegen die Erfahrungen aus den Kämpfen der Metaller berücksichtigen:

einheitliche Lohnforderungen aufstellen!

Kampfmassnahmen besprechen und ihre Organisierung einleiten!

Den Zusammenschluss von gewerkschaftsoppositionellen Kollegen auf Betriebsebene vorantreiben!



Arbeitshetze bei Triumph

"Liebe Genossen!

Kaum sind die Lohnerhöhungen, die ja gar keine sind, bekannt geworden, da haben sich die Kapitalisten schon geregt. Für sie war das ein willkommener Anlass, ihren Profit noch mehr zu steigern.
Hier bei den Triumph-Werken in Nürnberg sieht das folgendermassen aus:

In der Montageabteilung wird seit einiger Zeit immer mehr angetrieben, denn in drei Wochen soll jeder Bandarbeiter in der Stunde statt bisher 4 dann 5 Maschinen montieren. Wenn man sich heute die Hände der Kollegen anschaut, wundert man sich, dass sie überhaupt noch zupacken können. Über und über sind die Hände mit Blasen und Hornhaut übersät.

Die Kollegen sind zum Betriebsrat gegangen und haben sich beschwert. Doch der meinte nur: "Ihr bekommt ja auch mehr, da müsst ihr auch mehr arbeiten."

Die meisten Kollegen haben auch Angst, etwas zu unternehmen. Da sehr viele schon relativ alt sind, wissen sie, dass sie in einem anderen Betrieb kaum Arbeit finden werden. Ausserdem drohen die Kapitalisten damit, dass ja noch genügend Kameltreiber (!) (damit sind unsere türkischen Kollegen gemeint) auf Arbeit warten.

Aber damit haben sie auf die Dauer keinen Erfolg. Schon bei dieser Metalltarifrunde haben viele Kollegen ihre Illusionen über die Gewerkschaftsführung und die Regierung verloren. Sie sehen nun ganz deutlich, wem die Masshalteappelle vor der Metalltarifbewegung dienten und, dass es den Kapitalisten wurscht ist, ob die Arbeiter bei der Arbeit kaputtgehen oder nicht. Ihr Motto ist: Rausholen, was rauszuholen ist."



Stadtteilzeitung Kreuzberg der KPD/ML

Helau! Helau! - Faschingszeit !

"Das diesjährige Berliner Faschingsprinzenpaar sind 'Ihre Hoheiten Hans I. und Sigrig I. Hinter diesen Titeln verstecken sich der Friseur- und Innungsmeister Hans Potthoff und Ehefrau. Sie besitzen hier in Westberlin 3 Friseurgeschäfte.

In einem Rundfunkinterview sprach Meister Potthoff davon, dass ihn der Fasching rund 20 000 Mark kosten und natürlich auch zeitlich sehr in Anspruch nehmen würde. Aber, so sagte er, das alles könne er sich leisten, denn er habe 'so gute Angestellte, auf die er sich verlassen könnte'. Was er mit seinen Angestellten in Wirklichkeit treibt, darüber schweigt der feine Herr wohlwissend.

Im letzten Jahr hat er nämlich eine junge Friseuse einzig und allein deshalb entlassen, weil sie schwanger war!
Die Friseuse hatte ihren Chef sehr frühzeitig über ihre Schwangerschaft informiert. Daraufhin wurde sie plötzlich in einen anderen Frisiersalon versetzt, der von Potthoffs Mutter geleitet wurde. Hier bekam sie dann, 'nur der Form halber', einen neuen Arbeitsvertrag mit einer Probezeit von 6 Wochen.... **Und nach diesen 6 Wochen wurde sie dann prompt gefeuert...**

Die Friseuse ist zum Arbeitsgericht gegangen und hat hier bestätigt bekommen, dass sie von Potthoff hereingelegt worden ist! Inzwischen läuft aber die ganze Sache immer noch... Potthoff beruft sich darauf, dass der Arbeitsvertrag von seiner Mutter gemacht worden sei und ihn das Ganze gar nichts angehe...

Kurzum: Die Kollegin ist jetzt schon an die drei Monate ohne Arbeit und weiss nicht mehr, wovon sie leben soll. Und eine neue Stelle bekommt sie nicht, weil dann die neue Firma die Lohnfortzahlung während der Schwangerschaft leisten müsste. Sie will arbeiten, aber sie bekommt keine Arbeit.

An diesem Vorfall zeigt sich meines Erachtens, was die Faschingsprinzen sind (das gilt wohl für alle, wer von uns kann soviel Geld ausgeben wie die 20 000 DM), nämlich üble Gangster, die die Leute ausnehmen wie ne Weihnachtsgans, sie betrügen und hinters Licht führen."

ERFOLGREICHER STREIK BEI KÜPPERSBUSCH IN GELSENKIRCHEN

Am 28.2. traten rund 1.000 Arbeiter bei Küppersbusch in Gelsenkirchen für 5 Stunden in den Streik. Schon am Tag zuvor hatten sie mit einem halbstündigen Warnstreik dagegen protestiert, dass den Akkordarbeitern die übertariflichen Zulagen gekürzt werden sollten. Der Streik hatte Erfolg.



Auf dem Marsch zur Hauptverwaltung.

KLASSE GEGEN KLASSE



WESTBERLIN: 11 GEWERKSCHAFTLER AUS DER IGM AUSGESCHLOSSEN

Der Ortsverband der IG Metall in Westberlin hat jetzt 11 Gewerkschaftsmitglieder ausgeschlossen, weil sie bei der Betriebsratswahl bei Siemens eine oppositionelle Liste unterstützt haben. Sie waren ausserdem an Protestkundgebungen vor dem IG-Metall-Haus beteiligt. Ausserdem gaben die Bonzen als Grund an, die elf gehörten der KPD/ML und anderen 'linksextremen' Organisationen an.

FRISTLOSE KÜNDIGUNG ANGEDROHT, WEIL SPITZELDIENSTE VERWEIGERT

Dem Schichtführer Josef Sabo im Chemieunternhemen Ticona in Kelsterbach droht fristlose Kündigung wegen 'Arbeitsverweigerung'. Auf die Aufforderung seines Abteilungsleiters, Kollegen, die angeblich vor Feierabend den Arbeitsplatz verlassen, aufzuschreiben, hatte er nämlich erklärt: 'Ich mache das nicht mit, ich bin kein Polizist." Weil der Betriebsrat der Entlassung nicht zugestimmt hat, soll Sabo jetzt auf dem Weg über das Arbeitsgericht gefeuert werden.

ENGLAND: WEITERE STREIKS GEGEN LOHNRAUB

Am 28.2. streikten die englischen Beamten für einen Tag – zum ersten Mal in der englischen Geschichte. Am 1.3. traten die Lokführer in einen 24stündigen Streik. Gleichzeitig ging der Streik der Gasarbeiter weiter. Bestreikt werden ausserdem die Ford-Werke in England. Das nichtmedizinische Personal der Krankenhäuser hat ebenfalls Kampfmassnahmen aufgenommen.

aus: **FAZ** vom 12.2.1973:

Es geht auch gemeinsam

rl. Seit Mitte Januar halten Arbeitgeber und Gewerkschaften der niederrheinischen Textilindustrie gemeinsam Schulungskurse für Betriebsratsmitglieder ab. Angesichts der kontroversen Meinungen über das Betriebsverfassungsgesetz und die Mitbestimmungsfrage muß auch eine so begrenzte Kooperation der Sozialpartner, die es vermutlich nirgendwo sonst in der Bundesrepublik gibt, überraschen.

Erfolge in der revolutionären Gewerkschaftsarbeit

Wer ist Gewerkschaftsfeind ?!

Im Roten Morgen Nr. 17/72 wurde ein Grundsatzartikel zur revolutionären Gewerkschaftslinie der KPD/ML abgedruckt. Der zweite Parteitag, der kurz zuvor stattgefunden hatte, räumte die Hindernisse 'linker' und rechter Abweichungen in der Partei über diese Frage hinweg und machte die Bahn frei für grosse Fortschritte in der Verbindung von Partei und Klasse an der Front des gewerkschaftlichen Kampfes.

Heute, ein halbes Jahr danach, wettern Unternehmerverbände und Gewerkschaftsvorstände in ihrer Presse einhellig gegen die 'kommunistische Unterwanderungs- und Wühlarbeit'. Die DGB-Bonzen bereiten den Antrag auf Ausschluss jedes organisierten, oppositionellen Gewerkschaftsmitglieds vor. Und die Erfahrung der letzten Monate hat bewiesen, dass sie dabei nicht stehen bleiben. **Alle** oppositionellen Kollegen – wie die zwei Betriebsräte bei Daimler Benz Stuttgart – die noch nicht in der GO (Gewerkschaftsopposition) organisiert sind, sollen mit Ausschluss mundtot gemacht werden.

Das zeigt zweierlei: Zum einen erkennen die Kapitalisten und ihre Sozialpartner im DGB das weitere Anwachsen der gewerkschaftsoppositionellen Bewegung als Antwort der Arbeiterklasse auf Stillhalteabkommen, Tariffriedens- und Streikbrecherpolitik der Herren Vetter, Loderer und Co. Zum anderen, und das geben sie selbst als ihre grösste Sorge zu, fürchten Kapitalist und Bonze die wachsende Verbindung dieser oppositionellen Bewegung mit der Kommunistischen Partei.

Genossen der KPD/ML haben auf mehreren Bundeskonferenzen der Gewerkschaftsopposition im letzten halben Jahr mitgeholfen, die Organisierung der oppositionellen Bewegung mit voranzutreiben. Die Bonzen schreiben sich nun in ihren Blättern die Finger wund, dass mit der selbständigen Organisierung der GO die 'Zerstörung der Gewerkschaft' beabsichtigt sei.

Wer aber zerstört denn die Einheit der Gewerkschaft, wer spaltet tagtäglich die Kampffront der Arbeiterklasse gegen das Kapital?! Diejenigen, die sich klassenkämpferisch für die Forderungen der Kollegen einsetzen, oder diejenigen, die den Streik der Metaller im Januar abgewürgt haben und den streikenden Hoesch-Arbeitern offen drohten?!

Wer pfeift täglich mehr auf die Gewerkschaftsdemokratie und zerschlägt sie weiter Stück um Stück?! Die Antwort ist klar.

Jawohl, wir Kommunisten kämpfen auch innerhalb der DGB-Gewerkschaften gegen den weiteren Abbau der Demokratie. Aber wir kämpfen ohne solche Illusionen, wie sie die D'K'Pisten verbreiten: 'Druck von unten' und 'Bonzen abwählen' sind keine Mittel, um den DGB zu kurieren. Der mit Kapital und Staatsapparat verwachsene DGB ist heute genausowenig zu demokratisieren, wie es unmöglich ist, durch 'demokratische Wahlen' aus dem Bundestag der herrschenden Kapitalistenklasse, einen Bundestag der Arbeiterklasse zu machen.

Demokratie kann nur in der selbständigen Organisierung der Arbeiterklasse gegen das Kapital und seine Handlanger erkämpft werden, wie z.B. in der oppositionellen Fraktion in den DGB-Gewerkschaften, der GO.

Nun gibt es auch sogenannte Marxisten-Leninisten, die uns 'Rechtsopportunismus' vorwerfen, weil die KPD/ML sich nicht einfach eine blitzblanke, eigene Massenorganisation der Partei für revolutionäre Gewerkschafter aufbaut, die die KPD/ML unterstützen. Wir lehnen solche sektiererischen Ratschläge der Herren Opportunisten ab, die nur ihr eigenes Spaltertum an der gewerkschaftlichen Front bemänteln sollen.

Was die Durchsetzung des demokratischen Zentralismus in der GO angeht, so erklärt Mao Tse-Tung, dass dieser keineswegs nur auf die kommunistischen Organisationen angewendet werden kann:

"Innerhalb des Volkes kann man ohne Freiheit ebensowenig auskommen, wie ohne Disziplin, ohne Demokratie ebensowenig wie ohne Zentralismus. Eine derartige Einheit von Demokratie und Zentralismus, von Freiheit und Disziplin ist der demokratische Zentralismus."

Die bisherigen Erfahrungen haben gezeigt, dass die GO ihre Kampfkraft und Stärkung nur unter einheitlicher Führung, unter der Zentralisierung aller Erfahrungen und Kämpfe der verschiedenen oppositionellen Gruppen verbessern kann. Daher kämpfen unsere Genossen auch gegen die fasche Vorstellung, man müsse erst einmal 'Abwarten, bis möglichst alle oppositionellen Gruppen und Kollegen' sich der GO angeschlossen haben. Erst dann könne man eine Leitung wählen usw. Mit diesem Abwarten erreicht man eben genau das Gegenteil. Die noch aussenstehenden Kollegen und Gruppen werden sich anschliessen, wenn sie sehen: Die GO versteht es, unsere Kämpfe zu leiten.

Wir Kommunisten kämpfen für einen möglichst breiten Zusammenschluss aller Arbeiter gegen das Kapital und seine gekauften Diener. Das kann nur gelingen, wenn wir offen den unversöhnlichen revolutionären Klassenkampf propagieren, wenn wir, wie Marx sagte, die Gewerkschaft zu einer Schule des Kommunismus machen. Die oppositionellen Kollegen kennen zu Genüge das Geschwätz von Sozialpartnerschaft und Mitbestimmung. Sie organisieren sich in der GO, weil sie genug von den Gesundbetern des Kapitals haben und nun gegen die Lohnsklaverei überhaupt ankämpfen wollen.

Die Arbeiterklasse neigt spontan zum Sozialismus und lehnt die opportunistische Anbiederei ab. Nachtrabpolitik ist es, wenn Kommunisten in zweierlei Gewändern versuchen aufzutreten: Das einemal als der 'reine, unpolitische Gewerkschaftler', zum anderen als Kommunist. Den 'unpolitischen Gewerkschaftler' gibt es nicht. Für oder gegen den Kapitalismus, für oder gegen Arbeiterverrat – hier muss man politisch Partei ergreifen. Und das gilt in erster Linie für unsere Genossen.

Sogenannte Marxisten-Leninister werfen uns vor, dass wir die GO nicht auffordern, das Programm der Partei anzuerkennen. Die KPD/ML kämpft dafür, dass möglichst viele oppositionelle Kollegen für das Programm der Partei gewonnen werden. Es ist das konsequenteste Programm gegen Ausbeutung und Unterdrückung. Aber wir propfen es den Kollegen nicht uaf, wir versuchen möglichst viele von ihnen davon zu überzeugen durch die Tat und die Diskussion. Nur wer über die Hintergründe von Lohnraub, Inflation, Faschisierung und Vietnamkrieg bescheid weiss, kann auch konsequent die gewerkschaftlichen Tagesinteressen des Proletariats vertreten; nur wer sich von reformistischen und revisionistischen Illusionen freimacht, gerät nicht in die Gefahr, von den Feinden unseres Kampfes betrogen zu werden. **Den revolutionären Keim zur Entfaltung bringen, nicht aber ihn totdreschen – das muss die Devise kommunistischer Gewerkschaftler bei dieser Überzeugungsarbeit sein. Daher: Kampf jedem Dogmatismus – Vertrauen in die revolutionäre Kraft der Arbeiterklasse. So werden die Schwierigkeiten in der gegenwärtigen revolutionären Gewerkschaftsarbeit am besten behoben.**

Revisionistisches

D'K'P-Zeitung 'Schweinfurter Rot' macht's möglich -

Das D'K'P-Blatt 'Schweinfurter Rot' bietet seinen Lesern eine ganz besondere Attraktivität. Sogar die Geschäftsleitung holt sich die Zeitung, wenn sie monatlich vor den Schweinfurter Betrieben verteilt wird. "Unsere Zeitung wird so mehr und mehr zum Sprachrohr der Arbeiter in die Direktion. Wenn ihr irgendwelche Mängel aus Eurer Abteilung zu berichten habt, so schreibt uns das. Auf diese Weise wird erreicht, dass euer Anliegen bis zur Geschäftsleitung durchdringt."

Kommentar: – Pfui Klassenkampf, wie bist du doch veraltet, Information ist heute alles. Was trennt denn schon Arbeiterklasse und Kapitalisten, kein Abgrund – oh nein, nur ein paar hundert Meter von der Halle bis zur 'Chefetage', und das wäre doch gelacht, wenn der Abstand nicht zu überbrücken wäre, 'Schweinfurter Rot' machts möglich. Ein Vorschlag an 'Schweinfurter Rot': Da eure Zeitung ja auch von Arbeitern gelesen wird, könntet ihr doch der Direktion anbieten, euch ihre 'Sorgen und Nöte' mitzuteilen. Auf diese Weise dringt dann auch das Anliegen der Geschäftsleitung direkt zu den Arbeitern. Das nennt man dann einen wechselseitigen Informationsfluss. Weiterhin Gut Fluss!

Imperialistischer Räuber Sowjetunion

Mit immer dreisteren Lügen über die angebliche Grossmachtspolitik der VR China versuchen die modernen Revisionisten in der letzten Zeit die wachsende Sympathie der Werktätigen für Volkschina zu bekämpfen. Wer in Wirklichkeit Grossmachtpolitik betreibt, zeigt das Beispiel Indien.

Die Sozialimperialisten kontrollieren in Indien mittlerweile über 75% der Produktion von elektrischer Energie, 80% der Erdölproduktion, 25% der Aluminiumherstellung usw. Damit nicht genug, wollen sie Indien mit seinen reichhaltigen Bodenschätzen und seiner billigen Arbeitskraft zwingen, die Produktion völlig nach den wirtschaftlichen Bedürfnissen der neuen Zaren im Kreml auszurichten. So fordern sie den Bau von Fabriken, die allein für die SU produzieren sollen. Wie die Sozialimperialisten ihre 'Hilfe' verstehen, zeigt sich auch im Handel. Sie verkaufen Indien Maschinen 20-30% über dem Weltmarktpreis und kaufen Rohstoffe und Fertigprodukte zu einem Preis 20-30% unter dem Weltmarktpreis.

Diese Ausplünderung hat das indische Volk noch mehr ins Elend getrieben. Indiens Schulden an andere Länder betragen heute schon 10 Millionen $. Mehr als 50 Mio. Inder sind arbeitslos. Indien gehört zu den rückständigsten Ländern Asiens. Mehr als 80% der Bevölkerung leben in Dörfern, die noch nicht elektrifiziert sind. Hunger und Seuchen raffen die Menschen hin.

Aber die indische Regierung unternimmt nichts gegen das Elend. Stattdessen führt sie mit Unterstützung der SU ihre militaristische und expansionistische Politik vor allem gegen Pakistan fort.

Mieterwucher durch Zechenherren

Für rund 60 000 Arbeiterfamilien (darunter viele Bergarbeiter und ehemaligen Kumpel) wollen die Zechenherren in den nächsten vier Jahren die Mieten erhöhen. Vom 1. Januar an sollten die ersten 25 – 50% mehr zahlen. Das sind 50 – 100 DM mehr. Was das bei einen durchschnittlichen Nettolohn von 800 – 900 DM für eine Familie mit mehreren Kindern bedeutet, kann man sich vorstellen.

DIE ROTE FRONT
Stadtteilzeitung Neukölln KPD/ML Febr. 73 10 Pf.
Mieter, organisiert Euch!

Der rote REINICKENDORFER
Extrablatt 14.2.73
Vorwärts zur Wahl der Mieterräte

Die Herren der Ruhrkohle AG zeigen, dass sie als Mietherren genauso skrupellos vorgehen wie bei der Ausbeutung der Arbeitskraft der Kumpel auch. Lässt sich mit ausländischer Kohle und vor allem mit dem Erdöl mehr Profit machen, dann werden eben tausende von Kumpels auf die Strasse gesetzt. Mindestens 60 000 sollen bis 1980 rausfliegen, 30 000 allein in diesem Jahr.

Genauso wenig interessiert es sie, wie die Menschen in den Bergbauvierteln der Ruhrgebietsstädte leben. Dass die engen Wohnungen zum grossen Teil ohne Bad sind, dass die Wände feucht sind, dass die Häuser zentimeterbreite Risse haben. teilweise nur noch mit Eisenträgern vorm Zusammensturz bewahrt werden können – all das lässt diese Halsabschneider kalt. Für sie zählen die Bergarbeiter, ihre Frauen und Kinder nicht als Menschen, für sie zählen sie nur als Mieter, aus denen man einen gehörigen Teil des Lohns wieder herauspressen kann, den man dem Kumpel notgedrungen zahlen musste.

Aber die Empörung auf diesen erneuten Angriff auf die Bergarbeiter war gross. Es nutzte auch nichts, dass die RAG-Herren sich von vorneherein der Zustimmung des RAG-Gesamtbetriebsrats und der IG BE-Führer zu den Mieterhöhungen 'rühmen' konnten.

In Gesprächen untereinander und auf Gewerkschaftsversammlungen wurde der Protest laut. Hier zeigte sich der Verrat auch der 'unteren' Bonzen: Scheinheilig griffen sie die Empörung der Bergarbeiterfamilien über die katastrophalen Zustände in den Wohnungen auf und erklärten: keine Mieterhöhungen, wenn die Wohnungen nicht renoviert werden.

Das heisst jawohl nichts anderes als: Ja zu den Mieterhöhungen. Was die Kumpels wollen, ist etwas anderes:

Kein Pfennig mehr Miete!

Beseitigung der Wohnungsschäden durch die RAG!

Und so haben auch 5 000 Bergarbeiter die neuen Mietbedingungen der RAG nicht unterschrieben.

Es ist klar, dass diese Bergarbeiter nur Erfolg haben werden, wenn sie bei den auf sie zu kommenden Mieteinklagungsprozessen durch die Zechenherren auf ihre eigene Kampfkraft vertrauen.

Genau von diesem Weg aber versuchen die D'K'P-Führer abzulenken. Sie bieten als Allheilmittel 'Rechtsschutz' für die Prozesse; statt Klassenkampf, Vertrauen auf den Staat der Kapitalisten!

Inzwischen haben die RAG-Herren angekündigt, dass sie die Mieterhöhungen verschieben wollen. Sie brauchen Zeit, um Vergleichswohnungen in den einzelnen Städten zu finden. So wollen sie darum herumkommen, von jedem einzelnen der 5 000 Mieter, die die Mieterhöhung verweigern, die Miete per Gericht einklagen zu müssen.

Aufgeschoben ist aber nicht aufgehoben – das ist auch in diesem Fall völlig klar. Die Mieterhöhungen können nur verhindert werden, wenn sich die Kumpels in den Zechenvierteln in klassenkämpferischen Mieterräten zusammenschliessen und Kampfmassnahmen organisieren.

Eine Antwort aber muss den Zechenherren auch in der Bergbautarifrunde erteilt werden. Gegen den unverschämten Lohnraub der Herren von Kohle und Stahl steht die Forderung der Kumpel nach mehr Lohn. Und die einzige Sprache, die die Kapitalisten verstehen, ist nach wie vor:
Kein Krumen Kohle, wenn unsere Forderungen nicht erfüllt werden.

DIE HAUPTTENDENZ IN DER WELT IST REVOLUTION !

Kanonenbootpolitik der Kremlzaren

Mit der Verschärfung des Kampfes um das flüssige Gold, das Erdöl im Nahen und mittleren Osten, verstärken die Supermächte ihre Anstrengungen, den Mittelmeerraum und den Südatlantik militärisch zu beherrschen. Die Sozialimperialisten legen darum in letzter Zeit besonderes Gewicht auf die Entwicklung ihrer Flotte. Die albanische Zeitung 'Luftetari' schreibt dazu:

"Entscheidend ist für die Sozialimperialisten der Seeweg durch das Mittelmeer zum Roten Meer und zum Indischen Ozean. Sie versuchen diesen Weg über den Aufbau von Stützpunkten in anliegenden Ländern unter ihre Kontrolle zu bringen. Dabei nutzen sie die politischen und wirtschaftlichen Schwierigkeiten einiger neuer afrikanischer Staaten aus und haben es mit Demagogie und 'Entwicklungshilfe' geschafft, sich in einigen Ländern festzusetzen und so in den Mittelmeerraum einzudringen.

Die Sowjetunion versucht hier, sich als Gendarm gegen die Völker in diesem Raum aufzuspielen. Zusammen mit den USA, die in diesen Gewässern ihre 6. Flotte stationiert hat, werden auch hier zunächst einmal die Einflusssphären abgegrenzt. Der Mittelmeerraum ist deshalb für die neuen Zaren im Kreml von so grosser Bedeutung, weil er das Bindeglied zwischen Europa, Afrika und Asien ist. Dazu kommt, dass es nahe der Südgrenze der revisionistischen Länder liegt, was alle Ereignisse in diesem Raum für die Sozialimperialisten besonders wichtig werden lässt.

So war die sowjetische Diplomatie denn auch eifrig bemüht, aus dem Konflikt zwischen Malta und England Profit zu schlagen und dabei von Malta, das strategisch äusserst wichtig ist, Zugeständnisse zu erpressen. Genauso eifrig wurde auf den UN-Sitzungen das Franco-Spanien bei seinen Streitereien mit England unterstützt, um sich so bei den spanischen Faschisten anzubiedern und mit ihrer Hilfe den sowjetischen Einfluss auch in den westlichen Teil des Mittelmeers auszuweiten und Stützpunkte für die sowjetische Flotte im Mittelmeer zu schaffen, von denen aus später die Küsten Afrikas zu erreichen sind und die Kontrolle der Seewege im Atlantik möglich ist.

Auch die Schiffe der Flotte im Stillen Ozean haben ihre Übergriffe, 'Besuche' und 'Daueraufenthalte' in den Häfen Ostafrikas und in Südostasien verstärkt.

Kampf um Erdölgebiete

In den Ländern des persischen Golfs, beginnen die neuen Zaren im Kreml sich ebenfalls breitzumachen und unternehmen alle Anstrengungen, Stützpunkte entlang des Hauptseewegs zu errichten – wobei natürlich weder die politischen Machtinteressen noch die berühmten Ölquellen dieser Länder vergessen werden.

Dem Mittelmeer direkt gegenüber liegt das Rote Meer, wo schon seit langem die Flotte von Sewastopol liegt. Allein der Suezkanal, wenn auch im Moment geschlossen, trennt die beiden Flotten. So wird klar, wie gross die Rolle ist, die Ägypten für die sowjetische Politik spielt. Das erklärt auch die grossen Anstrengungen der Sowjetrevisionisten, gemeinsam mit den USA den Zustand 'Weder Krieg noch Frieden' aufrechtzuerhalten, der allein ihre politische, wirtschaftliche und militärische Position in diesem Raum bestehen lässt.

Damit nicht genug, evrsuchen sich die Sowjetrevisionisten auch Stützpunkte in Indien zu schaffen, in Bangla Desh und über die Lon-Nol-Clique in Kambodscha, von wo dann auch der Weg nach Ceylon, Malakka und Malaysia nicht mehr weit ist. Dieser Raum ist von besonders grossem Interesse für die Sowjetrevisionisten. Er bedeutet die Möglichkeit, die VR China auch auf dem Wasser mit einem Waffenring einzukreisen.

So betrachtet, ist die sowjetische Flotte eine Waffe, um die Expansions- und Hegemoniebestrebungen der sowjetischen Revisionistenclique in die Tat umzusetzen. Sie bedeutet eine ernsthafte Gefahr für die Freiheit und Unabhängigkeit der Völker der verschiedenen Kontinente. Aber die Völker der Welt wissen um die Aufgabe der imperialistischen Flotten und der 'Kanonenboot-Diplomatie', die die beiden Supermächte auf den ganzen Erdball ausdehnen wollen. Sie haben schon längst ihre Stimme des Protests erhoben und diese Stimme hat mit jedem Tag mehr Gewicht."

Hört die revolutionären Sender !



RADIO TIRANA

UHRZEIT	WELLENLÄNGE
6.oo - 6.3o	41 und 5o Meter 215 Meter
13.oo - 13.3o	32 und 41 Meter
14.3o - 15.oo	32 und 41 Meter
16.oo - 16.3o	32 und 41 Meter
18.oo - 18.3o	32 und 41 Meter
19.oo - 19.3o	41 und 5o Meter
21.3o - 22.oo	41 und 5o Meter
23.oo - 23.3o	41 und 5o Meter 215 Meter

32 Meterband entspricht 9,26 Mhz
41 Meterband entspricht 7,23 Mhz
5o Meterband entspricht 5,95 Mhz
215 Meter entspricht knapp 1 4oo khz (Mittelwelle!)

RADIO PEKING

19.oo - 19.3o	Immer: 43,7, 42,8
21.oo - 22.oo	und 26,2 Meter

NATO-Ring um Afrika

Ende Januar fand vor der Küste Portugals das bisher grösste Nato-Manöver 'Sunny Sea' in diesem Raum statt. Es ist kein Zufall, dass gerade jetzt mit den Säbeln gerasselt wird. Das Nato-Manöver demonstriert die Waffenbrüderschaft der Nato-Partner mit der faschistischen Kolonialmacht Portugal und ist eine massive Drohung an die Völker Mozambiques, Angolas und Guinea-Bissaos (portugiesische Kolonien).

Der Befreiungskampf in diesen Ländern ist in die entscheidende Phase getreten. In Guinea-Bissao steht die Erklärung der Unabhängigkeit kurz bevor, zwei Drittel des Landes sind bereits in den Händen der Befreiungsbewegung; in Mozambiques ist ebenfalls die Hälfte des Landes befreit, es wird mit dem Aufbau eigener Verwaltungsorgane begonnen; ähnlich gut ist die Lage in Angola.



Befreiungskämpfer in Guinea-Bissau

Der siegreiche Kampf der afrikanischen Völker trifft nicht nur die portugiesischen Faschisten. Die vollständige Befreiung dieser Gebiete wäre ein entscheidender Schlag gegen die Hauptmächte der Nato: die USA und die westdeutschen Imperialisten.

Denn Befreiung Angolas, Mozambiques und Guinea-Bissaos bedeutet das Ende der Ausplünderung der Erdölquellen und Bodenschätze in diesem Gebiet, bedeutet das Ende von Riesenprofiten aus solchen Projekten wie dem Bau des Cabora-Bassa-Staudamms in diesem Gebiet. In Angola aber macht zum Beispiel die US-Ölgesellschaft Gulf Oil Company, die zu den zehn grössten Konzernen der Welt gehört ,ihre Gewinne. Beim Cabora-Bassa-Projekt verdienen auch die westdeutschen Firmen Hochtief" Voith, AEG, Siemens und BBC.

Die USA und Westdeutschland sind es auch, die den blutigen Vernichtungskrieg gegen die Völker Afrikas vorantreiben und bezahlen.

Mit Zahlungen von 320 Mio $ finanzierte die Gulf Oil Company 1968 rund die Hälfte des Rüstungsetats Portugals. Die Waffenlieferungen Bonns an die portugisischen Faschisten sind bekannt.

Aber es geht nicht nur um die Ausplünderung der drei afrikanischen Länder. Der Südatlantik ist für die europäischen Nato-Länder – vor allem seit der Absperrung des Suez-Kanals – der Haupttransportweg für Handel mit dem Nahen und Mittleren Osten und Südostasien. Das gilt besonders für die bedeutendste Energiequelle in der letzten Zeit, das Erdöl. Rund 65% der gesamten Öltransporte der europäischen Nato-Länder werden auf diesem Weg transportiert.

Die strategisch wichtigsten Punkte auf diesem Schifffahrtsweg aber sind die portugiesischen Kolonien. Nicht nur Angola, Mozambique und Guinea-Bissao, sondern auch die kapverdischen Inseln und die Azoren. 1971 wurde deshalb in Portugal das neue Nato-Kommando 'Iberisch-Atlantischer Abschnitt' gebildet. In einem ebenfalls 1971 abgeschlossenen Vertrag zwischen Portugal und den USA, wurden der US-Luftwaffe und Marine Nachschubeinrichtungen auf den Azoren eingeräumt. Sechs Nato-Staaten, darunter die Bundesrepublik, sind am Aufbau einer U-Boot-Überwachungsstation auf den Azoren beteiligt. Jetzt laufen Verhandlungen zwischen Portugal und der Nato über die Schaffung von Stützpunkten auf den Kapverdischen Inseln, in Guinea und Angola.

Ein waffenstarrender Ring um ganz Afrika soll den Befreiungskampf der afrikanischen Völker ersticken.

Bei diesem Kampf um die Macht im Südatlantik drängen sich die westdeutschen Imperialisten immer weiter nach vorn. Hatte die BRD schon immer gute Beziehungen zu den Faschisten in Portugal, so verstärkten die westdeutschen Imperialisten gerade in den letzten Jahren ihre Anstrengungen, sich in Portugal einen wirtschaftlichen und militärischen Vorposten in Südeuropa zu schaffen. Sie sind der wichtigste Handelspartner Portugals: mit 15,6% der portugisischen Einfuhr liegt die Bundesrepublik vor Grossbritannien und den USA. Auch bei den ausländischen Investitionen in Portugal steht die Bundesrepublik mit 17% an der ersten Stelle (USA 14%). Damit aber hat das westdeutsche Kapital entscheidenden Einfluss auf die Politik Portugals.

Aber ihre Macht geht noch weiter: Über die Nato und den bilateralen Militärvertrag mit Portugal hat die Bundesrepublik auf dem Militärstützpunkt Beja ständig 8 500 Soldaten und 3 500 Zivilisten stationiert.

Der Ausbau der Südflanke der Nato ist ein Musterbeispiel für den Weg, auf dem die westdeutschen Imperialisten ihre Macht in der Welt errichten wollen: Im Schatten und unter Ausnutzung der Machtpositionen des Weltpolizisten Nr.1 schieben westdeutsches Kapital und Militär ihre Bastionen immer weiter vor.

Aber die grossartigen Erfolge der afrikanischen Befreiungsbewegung, der antifaschistische Kampf in Portugal selbst, zeigen schon jetzt, dass es den Nachfolgern der US-Supermacht in Afrika nicht besser ergehen wird als den US-Imperialisten in Vietnam.

Sioux-Indianer gegen US-Imperialismus

In einer heldenhaften bewaffneten Aktion eroberten 300 Indianer vom Stamm der Ogellala-Sioux die Handelsstation 'Wounded Knee'. Mit 10 Geiseln hatten sie sich in der Handelsstation verschanzt. Sie wollten die Geiseln solange gefangen halten, bis die Regierung eine Untersuchung über die himmelschreienden Lebensbedingungen der im Reservat lebenden Indianer einleitet und ihre Mindestforderungen nach sofortiger Verbesserung ihrer Lage erfüllt.

Die bürgerliche Presse schweigt sich über die genauen Forderungen der Indianer aus, macht aber ein grosses Geschrei über das ungewisse Schicksal der Geiseln. Dazu haben sie auch allen Grund, denn das, was sie verschweigen, gehört mit zu den grössten Verbrechen in der Geschichte und Gegenwart des amerikanischen Imperialismus.

Die amerikanischen Indianer kämpfen noch heute um ihre nackte Existenz. Die Lebenserwartung der Indianer liegt um 21 Jahre unter der der Weissen. Die Kindersterblichkeit ist doppelt so hoch. Die Selbstmordrate bei Jugendlichen beträgt in einigen Reservaten das hundertfache.

Besonders werden die Ogellala-Sioux-Indianer unterdrückt und ausgebeutet. Sie wohnen mit bis zu 21 Personen in einem Zimmer. Auf 10000 Indianer kamen 1967 6750 Verhaftungen.

Das Land, das man den Indianern als Reservat zugewiesen hat, ist meistens unfruchtbares Wüstenland. In einigen Reservaten wurde dann zufällig Öl gefunden. Die Indianer wurden dann von diesem Land wieder vertrieben. Auf Indianerland wird keine Grundsteuer erhoben. Das hört sich sehr sozial an, ist aber nur ein Grund für weitere Ausbeutung: 'Sozial schwache' Indianer werden vom Staat enteignet, unter dem Vorwand, sie seien nicht in der Lage, das Land zu nutzen. Der Staat hat dann bei eigener Nutzung keine Steuerverluste. Auch weisse Grossgrundbesitzer nutzen die Notlage der Indianer aus und pachten ihr Land zum Spottpreis.

Grosse Teile der Indianer, besonders die Jugendlichen, sind unter diesen Verhältnissen der Trunksucht verfallen. Die in der Industrie arbeitenden Indianer sind die ersten, die in Krisensituationen gefeuert werden. 46% der arbeitsfähigen Indianer sind arbeitslos.

Aber die Indianer nehmen ihre Lage nicht mehr kampflos hin. Die Geschichte ihres Kampfes gegen die weissen Eroberer ist unter ihnen noch lebendig. Die Besetzung von Wounded Knee, wo vor hundert Jahren Hunderte von Indianern mit Frauen und Kindern hingemetzelt wurden, beweist diese Tatsache wieder. Das indianische Volk wird Seite an Seite mit den anderen unterdrückten Rassen in Amerika, Seite an Seite mit der amerikanischen Arbeiterklasse, dem völkermordenden amerikanischen Imperialismus eines Tages den Todesstoss versetzen, und damit Gleichberechtigung und Freiheit erringen.

Spaltung mit Prinzip ?

"Die Zuspitzung der Widersprüche des Kapitalismus und in der Folge des Wachsens der revolutionären Bewegung der Massen, das Eindringen von mittleren Schichten in diese Bewegung, der Verrat der Revisionisten und die ideologische Verwirrung dadurch – all das führte zur Entstehung und Aktivierung einer grossen Zahl von Gruppen und Organisationen, die mit linken Losungen auftraten bzw. sich als Marxisten-Leninisten proklamierten. Dadurch sind die revolutionären Kräfte aber zersplittert, was im Interesse der Bourgeoisie steht" (Radio Tirana).

Sechs sich marxistisch-leninistisch nennende Gruppen in Westdeutschland, geschart um das 'Neue Rote Forum' (Heidelberg) wollen nun die 'KPD' aufbauen.

Die KPD/ML verurteilt diesen neuen Akt der Spaltung der revolutionären Kräfte. Wir rufen die aufrichtigen Genossen in diesen Organisationen auf, den Kampf für die Einheit der Marxisten-Leninisten in der KPD/ML, verstärkt zu führen.

Parteiablehnung an der Wiege

Mit ihren Angriffen auf Stalin versuchten die Chruschtschew-Revisionisten auch die bolschewistische Partei, die Partei neuen Typs, anzugreifen. Die revisionistische Entartung von KPD und SED trugen in Deutschland dazu bei, dass sich insbesonders in der kleinbürgerlichen Bewegung trotzkistische und anarchistische Ideen verbreiten konnten, die die bolschewistische Partei als 'diktatorisch und stalinistisch oder bürokratisch' ablehnten. Eine ablehnende Position hatte auch der SDS Heidelberg, aus dem das NRF hervorging.

Während die meisten Führer der Studentenbewegung noch die Lehren Lenins zur Partei des Proletariats ablehnten, wurde 1968/69 in Hamburg unter Führung von Kommunisten, die aus der revisionistisch entarteten KPD ausgetreten waren, die KPD/ML gegründet. Von Vorneherein war klar, dass gegen die revisionistische Theorie von der 'Volkspartei', gegen die Umwandlung der KPD in eine bürgerliche Partei (die später den Namen D'K'P erhielt), eine wahrhaft marxistisch-leninistische, eine bolschewistische Partei geschaffen werden musste.

Diese Gründung der KPD/Marxisten-Leninisten konnte nur aus der kommunistischen und Arbeiterbewegung selbst kommen. Sie konnte nur auf der Grundlage der internationalen kommunistischen Generallinie ihr festes Fundament errichten. Genau das war der Weg des Aufbaus der KPD/ML.

Sehen wir nun, wie die ehemaligen Feinde der bolschewistischen Partei sich im Laufe der Zeit entwickelt haben.

Der Marxismus-Leninismus wurde insbesonders nach der Gründung der KPD/ML rasch in der kleinbürgerlichen revolutionären Bewegung verbreitet. Trotzkistische und anarchistische Ideen in der Studentenbewegung wurden zurückgedrängt. Aber gewisse Führer der Studentenbewegung redeten nun von der Lehre Lenins, ohne nach ihr zu handeln. Sie gaben die Notwendigkeit der marxistisch-leninistischen Partei zur Durchführung der proletarischen Revolution zu, dachten aber nicht daran, sich in die Partei der Arbeiterklasse, der KPD/ML einzureihen, sich Arbeiterklasse und Partei unterzuordnen. Unterordnung ist eine schwache Seite vieler Intellektueller.

Diese schwache Seite wurde noch unterstützt durch die bürgerlich-revisionistische Propaganda vom angeblichen Daniederliegen der Arbeiterbewegung. 'Die Arbeiterbewegung ist tot', diese Täuschung veranlasste nun viele Studentenführer zur falschen Schlussfolgerung, sie müssten nicht nur die kleinbürgerlich-revolutionäre Bewegung führen, sondern auch die Arbeiterbewegung wiederbeleben und anführen. Damit aber ist ein weiterer Schritt zum Revisionismus gelegt, denn gerade der moderne Revisionismus leugnet die führende Rolle der Arbeiterklasse in der Revolution. E. Hoxha wies daher zurecht darauf hin, dass die Frage der führenden Rolle der Arbeiterklasse ein "Prüfstein für alle Revolutionäre" ist.

Sicher, einzelne Intellektuelle können sich voll und ganz auf den Standpunkt des Proletariats stellen und zu wirklichen Arbeiterführern werden. Beispiele gibt es dafür genügend. Auch in der KPD/ML sind Genossen mit dabei, die ihre ersten Kampferfahrungen in der Studentenbewegung machten.

Aber im Unterschied zu diesen dachten die NRF usw.-Führer nicht daran, sich der bestehenden marxistisch-leninistischen Partei anzuschliessen. Sie trugen nicht zu ihrer weiteren Stärkung bei. Und genau das wäre ihre Pflicht gewesen, als sie die Notwendigkeit der Partei für die Revolution erkannt hatten. Stattdessen dachten sie sich allerhand Begründungen aus, um diesen Schritt für sich und viele Genossen der 'Kommunique-Gruppen' zu verhindern.

So hiess es zunächst, die Kommunistische Partei könne noch nicht geschaffen werden, weil der Klassenkampf des Proletariats noch ungenügend entwickelt sei. Der Klassenkampf war entwickelt, oder meinen die NRF-Führer etwa, der ideologische Kampf der Marxisten-Leninisten gegen der Verrat der Reimann-Ulbricht-Clique sei 'unabhängig' vom Klassenkampf, im luftigen Reich der Ideen geführt worden? Die Vorbereitung und Gründung der KPD/ML war nichts anderes, als eben ein Ausdruck der erstarkenden Arbeiterbewegung, des verschärften Klassenkampfes in Deutschland.

Die Zirkelführer erkannten nun in einem gemeinsamen Kommunique vom Mai 72, dass "das Zirkelwesen an die Grenze seiner Entwicklung gestossen ist und sich zunehmend unfähig erweist, die Verbindung von Arbeiterbewegung und wissenschaftlichem Sozialismus voranzutreiben." Eine gute Erkenntnis; doch haben die Zirkelführer daraus den richtigen Schluss gezogen? Mitnichten! Sie haben eine neue Begründung ausgedacht, um den einheitlichen Kampf mit der KPD/Marxisten-Leninisten zu sabotieren. Das neue Hindernis für die Einheit war das

'Programmhindernis'

"Die westdeutsche kommunistische Bewegung hat diese Polemik um programmatische Fragen bisher nicht geführt." (S. 5 der Sondernummer des NRF über die Herangehensweise an die Frage des Programms).

"Die Zirkel haben Grundsatzerklärungen verfasst, ohne Auseinandersetzung mit anderen Auffassungen." "Wir haben kein Programm, auf dessen Grundlage wir alle stehen." (S.4)

Das Programm muss also noch erarbeitet werden. Es gibt kein Programm, also gibt es auch keine Partei, keine KPD/ML. – so sagen die Zirkelführer. Sie schlagen allen noch unentschlossenen Genossen anderer revolutionärer Organisationen, die der Zersplitterung der Kräfte ein Ende machen wollen, vor, sich an der Programmdiskussion zu beteiligen. Das ist sicher notwendig, **aber warum eine Diskussion zwischen Zirkeln, warum keine Programmdiskussion in einer einheitlichen Partei?**

Nein, die richtige Partei soll erst entstehen, wenn die programmatischen Fragen wirklich ausdiskutiert sind. Und damit keiner glaubt, dass das so bald der Fall sein wird, stellt das NRF in erstaunlicher intellektualistischer Arroganz fest: **"Seit dem Erfurter Programm von 1891 ist von der revolutionären Arbeiterbewegung Deutschlands kein systematisches Programm mehr ausgearbeitet worden, auf das wir uns stützen können."(S.14)**

Damit nicht genug. "Wir fordern nicht die organisatorische Unterordnung und Auflösung der bestehenden Organisationen in die Unsere..." Ein feiner Zug – nur auf Kosten der Arbeiterklasse. Mit solchen Konzepten wird versucht, am noch vorhandenen Zirkelbewusstsein vieler Genossen in den Spalterorganisationen anzuknüpfen: 'Ihr müsst euch nicht einer Partei unterordnen.' Der Zustand der Zersplitterung der revolutionären Kräfte soll weiterbestehen.

'Es gibt kein Programm – also gibt es keine Partei' so haben die Liquidatoren bei uns auch vor einem Jahr noch geredet, als sie die Partei zerstören wollten.

Kann es denn aber eine revolutionäre Tat geben, ohne dass dahinter bestimmte programmatische Vorstellungen liegen? Ob in systematisch ausformulierter Form oder nicht? Kann denn ein Programm am Beginn des Kampfes, am Beginn der Entwicklung einer Partei schon alles beinhalten? Natürlich nicht. Es spiegelt eben den Stand der Entwicklung wieder.

So haben Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg 1918 nach dem Verrat der SPD-Führer an der Revolution eine neue Partei, die KPD, gegründet, ohne ein solches Programm, wie es die NRF-Führer wünschen. So hat die KP-Albaniens eine Revolution durchgeführt ohne ein solches Programm.

Zu den programmatischen Ansichten

An den programmatischen Ansichten des NRF usw. bestätigt sich wieder die Erfahrung: das opportunistische Spaltertum beruht auf Zugeständnissen an die modernen Revisionisten. Spalter der Marxisten-Leninisten dienen objektiv als Wasserträger der D'K'P. Auch in ideologischen Fragen.

Die NRF-Führer haben einige Sätze übrig zur programmatischen Erklärung der KPD/ML bei ihrer Gründung: "Diese Gründungserklärung zeichnet sich dadurch aus, dass sie gegenüber den Revisionisten zum ersten Mal in Westdeutschland bedingungslos den Standpunkt der VR China einnimmt." Ansonsten taugt es zu nichts, weil es "kein Programm für den Kampf des westdeutschen Proletariats formuliert."

Das muss man sich einmal vor Augen halten! Die KPD/ML hatte damals in ihrer Grundsatzerklärung natürlich im Vordergrund die Generallinie der internationalen kommunistischen Bewegung, das das NRF als 'den Standpunkt Chinas' abtut. Sich auf die kommunistische Generallinie, die gemeinsame ideoogische Linie der internationalen marxistisch-leninistischen Bewegung zu stellen, bedeutete damals, den entschiedenen Bruch der westdeutschen Kommunisten mit dem Todfeind der Revolution, dem modernen Revisionismus. Aber das scheint für das NRF keine entscheidende programmatische Grundlage zu sein.

Laut NRF hat ferner die Feststellung der Grundsatzerklärung, dass es in Westdeutschland (also nicht in China) keinen friedlichen Weg zum Sozialismus über das Parlament geben kann, keine Bedeutung für den Kampf des Proletariats. Vielleicht deshalb, weil die NRF-Gruppen sich bis heute um die Frage der bewaffneten Revolution und der Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparates herumdrücken?!

Ebenso stellt die Grundsatzerklärung der KPD/ML bereits 1968 fest, dass die reformistischen Gewerkschaften nicht 'wiedererobert' werden können. Demgegenüber vertritt das NRF trotz intensiver 'Massenarbeit' heute nicht die revisionistische Parole: Macht die Gewerkschaften wieder zu Kampforganisationen der Arbeiterklasse.

In der Grundsatzerklärung wird auch festgestellt, dass das Ziel der Arbeiterklasse auch die Schaffung eines 'einheitlichen sozialistischen Deutschlands' ist und, dass die Lösung der nationalen Frage eine revolutionäre Frage ist. Demgegenüber behauptet das NRF heute noch trotz 'intensiver Programmarbeit', dass die nationale Frage keine revolutionäre Frage sei. Auch hier stehen sie wiederum bei den Herren Bachmann-Honnecker, für die die nationale Frage nicht mehr aktuell ist. Beispiele für die programmatischen Grundlagen und deren **Entwicklung** durch die KPD/ML liessen sich genügend anführen. Nicht nur aus der Grundsatzerklärung von 1968, sondern auch aus den programmatischen Äusserungen in den Roten Morgen vor und nach der Parteigründung. Was die Frage angeht, wie weit ein solches Programm entwickelt ist, wie konkret und umfassend formuliert, sagen die albanischen Genossen zurecht:

"Kennzeichnend ist, dass in den Anfangsphase der Gründung der (marxistisch-leninistischen) Parteien dieser Kampf hauptsächlich auf internationaler Ebene und um grundlegende Probleme der marxistisch-leninistischen Theorie des Kampfes gegen den Imperialismus vor sich geht." Die Verschärfung des Klassenkampfes in den entwickelten kapitalistischen Ländern, die die bürgerlich-revisionistische Zusammenarbeit ans Licht brachte, "machte den Übergang vom Kampf der Theorie und der allgemeinen Probleme auf ein konkreteres, politisches und organisatorisches Terrain, nämlich den Kampf um Tagesprobleme erforderlich. Natürlich ohne auf die Polemik um allgemeine theoretische und grundsätzliche Probleme zu verzichten."

In diesem Artikel ging es uns vor allem um die grundsätzliche Polemik. Den revisionistischen Wurm des NRF-Programms werden wir in einer späteren Broschüre behandeln.

Die KPD/ML hat ihre programmatischen Auffassungen, auch in konkreteren und tagespolitischen Fragen inzwischen weiterentwickelt. Das wird man auf die Dauer vor den aufrichtigen Genossen nicht verheimlichen können. Die KPD/ML wird demnächst das ausformulierte und auf den neuesten Stand erweiterte Programm 'Für die sozialistische Revolution und die nationale Einheit Deutschlands' nach der internen Diskussion vorlegen.

Hier aber richten wir vor allem die Aufforderung an die aufrichtigen Genossen der 'Kommunique-Gruppen': Überlegt und prüft nach, ob hinter den verschiedenen Äusserungen des NRF * zu Parteiaufbau und Programm nicht festzustellen ist: Die Spaltung der revolutionären Kräfte mit Prinzip!

* auf die praktische Politik der Zusammenarbeit mit den Revisionisten und Trotzkisten konnten wir hier nicht eingehen.

Auf dem Weg zur Einheit

Vorwärts zum ROTE GARDE-Bundeskongress !

Die Nr. 1/73 des KdAJ ('Kampf der Arbeiterjugend'), dem Zentralorgan des Kommunistischen Jugendverbandes Deutschlands, ist erschienen. Was ist der KJVD? Der KJVD wurde von den späteren Führern des 'Zentralbüros' der Gruppe 'Rote Fahne' (Bochum) von der ROTEN GARDE, der Jugendorganisation der KPD/ML, vor ca. zwei Jahren abgespalten. Inzwischen erkannten viele Genossen des KJVD die revisionistische Grundlage dieser Abspaltung und sind dabei, in der Überwindung der opportunistischen Spalterlinie des Zentralbüros die Einheit mit der ROTEN GARDE wiederherzustellen.

Die KPD/ML und ROTE GARDE begrüssen, dass nun entsprechend dem **Gemeinsamen Kommunique** zwischen Provisorischer Bundesleitung des KJVD und der KPD/ML der KdAJ einen entschiedenen Kampf um die Einheit der Marxisten-Leninisten führt. So wurde neben dem gemeinsamen Kommunique folgende Artikel in dieser Nummer des KdAJ abgedruckt:

Ein Artikel des Roten Morgen zur Linie der Partei im Kampf gegen Militarismus und imperialistischen Krieg. Ein Artikel über die Geschichte der KPD/ML, der erstmals im KdAJ zur Frage der Einheit aus einer korrekten Darstellung der Parteigeschichte Stellung nimmt. Ein Artikel der Provisorischen Bundesleitung unter der Überschrift: 'Die Zukunftsperspektive des KJVD', der zeigt, wie der prinzipienfeste Kampf gegen die Spaltung der kommunistischen Jugend auch im KJVD geführt werden muss. Er geht auf verschiedene Kritiken, Vorwürfe und falsche Vorstellungen von KJVD-Genossen ein.

Das ZK der KPD/ML informiert die Genossen des KJVD über die Aufgaben des bevorstehenden Bundeskongresses der Roten Garde, umreisst kurz die Aufgaben der kommunistischen Jugend und fordert die Genossen des KJVD auf, sich mit den Rotgardisten zusammenzuschliessen.

Diese Nummer des KdAJ wird sicher eine heftige ideologische Auseinandersetzung im KJVD einleiten. Dieser KdAJ und die Diskussion darüber werden mithelfen, die aufrechten Genossen des KJVD auf der korrekten Linie zu vereinigen. Die Genossen Rotgardisten und die Genossen der Partei sind dabei nochmals aufgerufen, sich aktiver als bisher für den gemeinsamen Kampf, für die ideologische und organisatorische Einheit mit den KJVD-Genossen einzusetzen.

Organisiert gemeinsame Veranstaltungen!

Schliesst Euch zusammen in Aktionseinheiten gegen den Klassenfeind!

Bereitet gemeinsam den Bundeskongress der Roten Garde vor!



Bestellt
KdAJ Nr.: 1/73
463 Bochum
Postlagerkarte **A 0556815**
Pro Exemplar 30 Pfennig, Vorauszahlung auf Konto:
PSchA Dortmund
Nr. 171 62 27, J. Röhm.

– Anzeige des KdAJ –

DEMNÄCHST ERSCHEINT:

'Die bolschewistische Partei ist stärker als alle Zirkel'

Diese Broschüre leistet einen Beitrag zur Auseinandersetzung mit der Theorie und der Politik der Zirkel um das Neue Rote Forum (NRF).
Sie wird herausgegeben von der Provisorischen Bundesleitung der KJVD in Zusammenarbeit mit der KPD/ML. Zu beziehen uber die PBL des KJVD:
463 Bochum
Postlagerkarte A 055815

'Zu ihrer eigenen Sicherheit'

Brutaler Polizeiüberfall auf Jugendliche

Unter dem Vorwand, sie seien verdächtig Rauschgift zu transportieren, überfiel ein Polizeikommando eine Gruppe Jugendlicher. Einer von ihnen hat ein Gedächtnisprotokoll angefertigt und es den Genossen des KSB/ML Marbrug übergeben, damit dieser feige und brutale Akt öffentlich angeprangert wird.

"Am 12.2.73 wurde unser Fahrzeug gegen 23.45 Uhr an der Autobahnausfahrt Giessen/Ost von zwei Wagen der Polizei angehalten. Zwei Polizisten mit Maschinenpistolen im Anschlag (nicht auf die Beine, sondern auf die Brust gerichtet), die anderen mit entsicherten Pistolen, zwangen uns aus dem Auto auszusteigen. Als wir die Begründung für diese Bedrohung wissen wollten, wird uns beantwortet, die Pistolen seien "zu unserer eigenen Sicherheit auf uns gerichtet". Alle anderen Fragen werden mit 'Halt's Maul' beantwortet.

Wir werden an die Wagenrückseite gezerrt und abgeklopft. Weitere Polizeiwagen kommen hinzu. Eine Dreiviertelstunde mussten wir im Regen stehen, bevor wir auf die Polizeiwagen verteilt nach Giessen gefahren werden. In Giessen angekommen, hindert man uns zuerst daran einen Anwalt anzurufen. Den Frauen wird die Toilettenbenutzung verweigert. Wir werden nocheinmal vollständig durchsucht, persönliche Schriftstücke werden uns abgenommen und gelesen. Unser Auto wird ausgenommen. Sichergestellt werden Medikamente, Whisky und Schnupftabak!

Bis 3.00 Uhr müssen wir warten, bis man sich bequemt, eine Begründung für die Aktion zu geben. Angeblich sei in Frankfurt anonym ein Anruf eingegangen, der uns verdächtigte, 'Rauschgift zu transportieren'.

Überfälle der Polizei in dieser Brutalität häufen sich seit der 'B-M-Fahndung'. Die Polizei will 'in Übung bleiben' und die Bevölkerung weiter einschüchtern. Hat man keinen Grund, erfindet man eben einen 'anonymen Anrufer'. Das sind die Praktiken der 'Ordnungshüter'. Aber statt die Bevölkerung damit dauerhaft einzuschüchtern, zeigt die Bourgeoisie mit solchen Aktionen den volksfeindlichen Charakter der Polizei, und ruft den Widerstand gegen diese Kampftruppen der Monopole hervor.



Ein Bullenüberfall bei Nacht und Regen!!

Das Terrorurteil gegen Horst Mahler: 12 Jahre Gefängnis für seine revolutionäre Gesinnung (ein Bankraub wurde nicht nachgewiesen); Haftverschonung, Freispruch und geringfügige Freiheitsstrafen für Massenmörder der Nazi-Zeit; überall Prozesse gegen Kommunisten und fortschrittliche Menschen – Einstellung der Ermittlungsverfahren gegen blindwütig mordende Polizisten – das ist die Klassenjustiz in diesem Ausbeuterstaat.

Das Solidaritätskomitee: 'Kampf der politischen Verfolgung' ruft auf zur finanziellen Unterstützung angeklagter Klassenkämpfer. Spenden unter dem Kennwort 'Solidarität' an:

Wagner, Dorotheenstr.
Sparkasse Essen-Rüttenscheid
Konto-Nr. 58 92666

KAMPF DER ABSCHIEBUNG M. HAMEDIAS

Der iranische Patriot M. Hamedi, der Gründungs- und Vorstandsmitglied der iranischen Studentenvereinigung CISNU ist, soll abgeschoben werden. Hamedi erwartet in Persien der Tod durch das Henkerbeil des faschistischen Schahregimes.

Die bayrische Regierung weiss das, trotzdem oder gerade deshalb hat sie ein Gesuch Hamedis nach politischem Asyl abgelehnt. Das westdeutsche Monopolkapital, die Herren Thyssen, Flick, Krupp und Konsorten sind nämlich ins Persiengeschäft eingestiegen. Die Auslieferung iranischer Patrioten ist die Liebesgabe des BRD-Imperialismus an den Schah-Faschismus zu diesem Geschäft. Kein anderer als der saubere 'Friedens-Willy' hat diese 'Handelsbedingungen' bei seinem letzten Persienbesuch abgemacht. Seitdem arbeitet die persische Gestapo (Savak) mit dem deutschen Verfassungsschutz noch offener bei der Jagd nach iranischen Patrioten zusammen.

In München, wo Hamedi verhaftet wurde, haben Kommunisten und andere fortschrittliche Organisationen ein Aktionskomitee 'Solidarität mit M. Hamedi' gegründet, um den Kampf für die Freilassung des persischen Antifaschisten zu führen. Mit Demonstrationen und Flugblättern machten sie die Öffentlichkeit auf die brutale Ausweisung aufmerksam. Ein erster Erfolg ihrer Arbeit ist die Freilassung Hamedis aus der Haft. Der Kampf muss aber weitergeführt werden. Inzwischen sind Gerüchte durchgesickert dass man ihn erst in das Flüchtlager in Zirndorf, ausserhalb Münchens schieppen will. Die Bourgeoisie hofft so ruhig das Abebben der Solidaritätswelle abwarten zu können, um Hamedi dann in aller Stille auszuweisen. Auf diesen Trick wird das Komitee nicht hereinfallen. In den nächsten Tagen sind darum Informationsstände in der Stadt und in den Arbeitervierteln geplant. Eine grössere Demonstration wird für das nächste Wochenende vorbereitet. Die Genossen der KPD/ML in München unterstützen die Arbeit des Komitees. Unseren Genossen und den anderen Kämpfern des Komitees ist klar: Nur eine breite und entschlossene Solidarität wird Hamedi aus den Klauen seiner Henker befreien.
Für dieses Ziel setzen sie alle Kraft ein.

Nieder mit dem Schah-Faschismus und seinem Helfershelfer dem BRD-Imperialismus!

Freiheit für M. Hamedi!

Kampf dem Abschiebungsterror!

„Mürbe machen - gibt es nicht"

Die Ortsgruppe Heidenheim der GRFB sandt uns mit der Zustimmung ihres Landesverbandes Baden Würtemberg einen Bericht über die Verfolgung von Genossen durch Verfassungschutz und Klassenjustiz.

Werte Genossen,
Die herrschende Klasse ist in Aufregung versetzt! Die Arbeiterklasse geht immer breiter in die Offensive, die Kommunisten entlarven immer besser die Machenschaften der Kapitalisten und verbinden sich enger mit der Arbeiterbewegung. Die Bourgeoisie reagiert mit dem massiven Einsatz ihrer Justizmaschinerie gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten. Prozesse gegen die Kämpfer des Roten Antikriegstages während der Olympiade, Prozesse gegen den Genossen Ernst Aust. Angriffe der Klassenjustiz an vielen Orten. So auch hier in Heidenheim.

Nach dem Roten Antikriegstag verteilten Genossen von uns die 'Erklärung des Zentralbüros' (ehemalige, jetzt entmachtete Spalterführung der GRFB ---- Anmerkung RM-Redaktion) zu den Kampfdemonstrationen während der Olympiade in München. Beim Verteilen wurden sie von vier Polizisten belästigt, darunter der Verfassungsschutzchef von Heidenheim, Burbach. Die Flugblätter wurden beschlagnahmt. Lange Zeit hörten wir nichts von der Sache. Erst jetzt erhielten die beiden Genossen einen Strafbefehl. Die 'Strafe' lautet auf: 800,–DM plus 42,50 DM Kosten oder ersatzweise 40 Tage Gefängnis. Die Strafe ist binnen 14 Tagen zu zahlen. Begründung: Die Verurteilten hätten sich des 'Hausfriedensbruchs und der Verächtlichmachung der BRD schuldig gemacht'. (Wo ein Hausfriedensbruch' stattgefunden haben soll, möchten wir gerne wissen.) Hier zeigt sich ganz klar, auf welcher Seite die Justiz steht. Naziverbrecher lässt man frei rumlaufen, viele bekommen sogar Abfindungen, uns Kommunisten packen sie, wo sie nur können. Woher sollen die Genossen, es ist ein Ehepaar, in 14 Tagen 1685,– DM herkriegen? Der betroffene Genosse war Mitte letzten Jahres aus dem Lehramt entlassen worden und fand erst im November wieder Arbeit in einer Textilfabrik und wird nun, und das ist bestimmt kein Zufall, wieder rausgeschmissen. Vor der Wohnung des Genossen treten sich die Polizeiagenten beinahe auf den Füssen herum.

Die Klassenjustiz versucht diesen Genossen mürbe zu machen. Aber da haben sie sich schwer getäuscht. Er wird noch fester an der Seite der Arbeiterklasse kämpfen. Die Genossen haben jetzt Einspruch gegen das Urteil eingelegt, damit es zum Prozess kommt und die ganze Sache nicht so einfach auf dem 'Postweg' erledigt werden kann.

Mit diesen Angriffen erreicht die Bourgeoisie nur eins: Der Widerstand gegen sie wird breiter und mächtiger. Das Rad der Geschichte können sie nicht zurückdrehen, disees Rad dreht sich in Richtung Sozialismus und wird diese Leute eines Tages überrollen. Der Tag ist nicht mehr fern.

Rotfront!

OG Heidenheim der GRFB



ADRESSE DER RM-REDAKTION: G. Schubert
43 Essen 14
Postfach 36 07

Liebe Redaktion des RM,

Diesen Brief schreibe ich Euch, weil ich als eifriger Hörer von Radio Peking, Radio Tirana und Radio 'The Voice of Vietnam' meine äusserste Empörung über die schmutzige Anti-China-Hetze der 'UZ zum Ausdruck bringen will. Das Hetzblatt der modernen Revisionisten hatte in seiner Ausgabe vom 23.2.73 einen beispiellos schmutzigen Artikel unter der Überschrift: 'Kissingers Mission in Peking' von einer Doris Jann veröffentlicht...

Das Verdummungsblatt 'UZ' von den D'K'P-Revisionisten findet, dass der Besuch Kissingers "die Vietnam-Schlappe der USA wettmachen soll" und, dass mein Vorbild, die VR China, den proletarischen Internationalismus über Bord geworfen hat.

"Entscheidend ist aber nicht, was die dreckigen UZ'-Lügenpropagandisten wie Doris Jann über das grosse Volkschina Mao Tsetungs schreiben, sondern was die vietnamesischen Genossen über Chinas beispielhaftes Festhalten am proletarischen Internationalismus feststellen. So haben die revisionistischen Scharlatane kein Wort über die äusserst freundschaftliche, brüderlich und herzliche Begegnung zwischen Genossen Mao Tsetung und dem Genossen Le Duc Tho geschrieben, die der Genosse Le Duc Tho der VR China für die grosse wertvolle und effektive Hilfe für das vietnamesische Volk dankte...

In Briefen, die ich aus Hanoi erhielt wird in keiner Weise die SU mit Lob überschüttet, wie es die Revisionisten bei uns in der BRD tun "In diesen freudigen Tagen des Sieges", heisst es in einem Brief, "möchten wir Dir und Deiner Familie sowie den progressiven Kräften in Wiesbaden innigich für Deine starke Unterstützung und Solidarität mit unserem Kampf danken..."...

Meiner Ansicth nach müssen die Marxisten-Leninisten als Antwort auf die Schmutzpropaganda der 'UZ' noch energischer dem Revisionismus und seiner Hetzpresse eine klare Abfuhr erteilen.

Kampf der entfesselten Anti-China-Hetze in der 'UZ'!

Mit freundlichem Gruss Euer Leser

An den Roten Morgen! An die Ortsgruppe Wetzlar!
Genossinnen und Genossen!

Als wir im Roten Morgen 5/73 vom Roten Leitz Arbeiter lasen, ist es uns wieder eingefallen. Erinnert ihr euch noch an die Demonstration gegen die Ausländergesetze in Dortmund? Auf der Heimfahrt ist einigen Genossen von euch das Licht am Auto ausgefallen. Wir haben uns auf einer Raststätte getroffen und euch dann 'heimgeleuchtet'.

Bei der Verabschiedung an der Autobahnausfahrt gaben wir euch noch den Rat mit: "Jagt euern Genger davon und kommt zu uns, zur KPD/ML!"

Genossinnen und Genossen, wir freuen uns aufrichtig, dass ihr unserem Ruf nach Einheit gefolgt seit. Wir begrüssen euch in der KPD/ML mit einem kräftigen 'Rotfront!'.

Es lebe die Einheit aller Marxisten-Leninisten in der KPD/ML!
Vorwärts mit unserer Partei!
Grüsse besonders die Kollegin Ostersetzer von uns, wir werden sie in ihrem gerechten Kampf weiter unterstützen.

VK - Kongress:

Kriegsdienstverweigerer - folgt Karl Liebknecht!

Am 10. und 11.2.73 fand der Bundeskongress des Verbandes der Kriegsdienstverweigerer in Kassel statt. Wie erwartet, trat der alte Vorstand, geführt von Nagel, Redakteur bei 'Metall' ab. Es war von vomeherein klar, dass diese Aufgabe nun die Vertreter der Revisionisten im VK übernehmen würden.

Der Personenwechsel an der Spitze des VK ist nur Ausdruck der Entwicklung im VK und der gesamten antimilitaristischen Bewegung. Hier gilt, was wir im Roten Morgen Nr.6 über die Arbeit gerade unter den Kriegsdienstverweigerern schrieben: "Die revolutionäre antimilitaristische Bewegung ist im Wachsen begriffen... Entsprechend verstärken sich die verzweifelten Bemühungen der Bourgeoisie und ihrer revisionistischen Agenturen, diese Bewegung zu spalten..."

Die Revisionisten konnten die Führung auf diesem Kongress erringen, weil sie die antikapitalistischen Bestrebungen der VK-Mitglieder aufgriffen und vorgeben, die Tradition des antimilitaristischen Kampfes der deutschen Jugend fortzusetzen. So heisst es in einer Resolution, die zur Ausrichtung der Arbeit des VK eingebracht wurde:
"Die Bedeutung des antimilitaristischen Kampfes als die 'zugespitzte Form des Klassenkampfes gegen den Krieg und gegen die innenpolitische Gewaltpolitik des Kapitalismus' (Karl Liebknecht) ist noch nicht deutlich genug geworden."

In Wahrheit aber, das zeigen u.a. auch die Forderungen, die in der gleichen Resolution aufgestellt wurden, dass diese Leute das Werk derjenigen fortsetzen, die Karl Liebknecht bis aufs Messer bekämpften. Bestand das Verdienst Liebknechts gerade darin, der deutschen Jugend die revolutionäre Parole zuzurufen: 'Der Feind steht im eigenen Land, dreht die Gewehre um!' – so machen die Revisionisten mit ihren Forderungen nach Forcierung der Abrüstung, nach Senkung der Rüstungskosten usw. genau das Gegenteil:
Sie wecken Illusionen über den Weg zum Frieden für die Völker. Mit der Forderung nach Unterstützung der kriegstreiberischen Verträge von Moskau und Warschau betreiben sie unter dem Mäntelchen des Kampfes für den Frieden das Geschäft der Bonner Revanchisten.

So ist es auch kein Zufall, dass trotz erneuter Diskussion weiterhin der entscheidende Paragraph der Satzung gilt:
"Der Krieg ist ein Verbrechen an der Menschheit. Ich bin daher entschlossen, **keine Art von Krieg zu unterstützen** und an der Beseitigung aller Kriegsursachen mitzuarbeiten."
Konsequent ist es auch nur, wenn vom Vorstand jedes Bündnis mit Kräften, die für den Sieg im Volkskrieg eintreten, abgelehnt wird.

Aber die Verschärfung der Klassenkämpfe bringt die Jugend nicht nur in immer stärkere Opposition zum kapitalistischen System, sondern auch zur Kapitulationspolitik der Revisionisten, die sich im antiimperialistischen und antimilitaristischen Kampf besonders deutlich beweist. Das zeigte sich auf dem Bundeskongress daran, dass von den 90 Delegierten ständig rund 30 gegen die Anträge der Revisionisten stimmten. Das zeigte sich vor allem an dem Antrag, der vom VK Bochum formuliert wurde, in dem eine klare revolutionäre Ausrichtung des antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampfes gefordert wurde, und die Unterstützung des Kampfes der Soldaten als wichtigste Aufgabe des VK genannt wurde. (Anm.: Der Antrag kam aus Geschäftsordnungsgründen nicht zur Abstimmung).

Ein Zeichen für die Angst der modernen Revisionisten vor der revolutionären Kraft der antimilitaristischen Bewegung ist auch, dass der Antrag auf Ausschluss des Vorstandes des VK Bochum fallen gelassen wurde. Dieser war im Anschluss an den Bochumer Aufruf, die Demonstration zum Antikriegstag 1972 in München zu unterstützen, gefordert worden.

Ebenso vermieden auch die Revisionisten auf dem Bundeskongress und in der Diskussion, die im Verband auf Grund der Papiere des VK Bochum vorausgegangen war, peinlichst jede Auseinandersetzung.

Die bürgerliche Presse spricht von einem 'Linksruck' im VK, der angeblich durch die Wahl eines revisionistischen Vorstandes eingetreten sei. 'Linker' sind jetzt allerdings nur die Phrasen. Gefährlicher wird der ideologische Einfluss des VK-Vorstandes auf die antimilitaristische Bewegung.

Dennoch zeigt die Vorbereitung und Durchführung des Kongresses auch den wirklichen Linksruck im Erstarken der konsequenten antimilitaristischen Kräfte. Die grosse Anzahl revisionistisch beeinflusster Delegierter darf nicht täuschen. Schliesslich ist im Falle der Delegiertenneuwahlen in Frankfurt und Düsseldorf der Versuch der Manipulation bekannt geworden, indem die Revisionisten Namen von sympathisierenden Nichtmitgliedern benutzten, um hohe Delegiertenzahlen für sich zusammenzuschustern.

Wie in der gesamten Jugend, so wächst auch in der Basis des VK das Streben nach einem konsequenten antimilitaristischen und antiimperialistischen Kampf. Hier müssen die revolutionären Kräfte im VK vorangehen und die VK-Mitglieder für eine gemeinsame Front mit der Jugend in Armee und Betrieb gewinnen.

Dabei heisst es auch klare Verhältnisse in der noch verschwommenen Einheit der 'antirevisionistischen' Opposition zu schaffen. Gerade Trotzkisten können im VK, der vorwiegend eine kleinbürgerliche Zusammensetzung besitzt, unter der Fahne des 'Antirevisionismus' der D'K'P Schützenhilfe leisten.

Entscheidend ist die klare Orientierung der Kriegsdienstverweigerer auf die Organisierung einer starken proletarischen, antimilitaristischen und antiimperialistischen Bewegung in Armee und Betrieb. Das darf auf keinen Fall heissen: Raus aus dem VK. Den Revisionisten dürfen die Kriegsdienstverweigerer nicht ausgeliefert werden.

Die Jugend nimmt überall den Kampf gegen den imperialistischen Krieg auf. Die Schaffung einer starken kommunistischen Jugendorganisation, die Stärkung der Roten Garde, ist ein dringendes Gebot.

DARUM, ANTIMILITARISTISCHE JUGEND IM VK, IN ARMEE, SCHULE UND BETRIEB: ORGANISIERT EUCH IN DER ROTEN GARDE!

SOLIDARITÄT siegt über Disziplinarstrafen!

Ein Soldatenkorrespondent berichtet:

Gegen Ende der Grundausbildung wird der Widerstand der Soldaten immer stärker. Mit drakonischen Strafen versuchen die Kompaniechefs, die Disziplin zu retten. Eines Tages gellte in meiner Einheit der Schrei: „Grossen Dienstanzug anziehen und auf dem Hof antreten!" durch den Kasernenblock. Als sich die Soldaten aufgestellt hatten, trat der Kompaniechef raus. Er liess zwei Soldaten vortreten und erteilte ihnen vor der Truppe einen schweren Verweis. Sie hatten zweimal nach Zapfenstreich gemucht und Bier getrunken.

Der Hauptmann war der einzige, der bei dieser Zeremonie ernst blieb. Die beiden 'Bestraften' lachten nur und mit ihnen die ganze Kompanie. Der Hauptmann war machtlos. Er drohte, die Bestrafung sei keineswegs lächerlich, sie würde an die nächste Einheit weitergemeldet und in den Personalakten vermerkt; die Beförderung zum Gefreiten würde auch länger auf sich warten lassen.



Geholfen hat diese 'Bestrafung' nicht. Zwei Kameraden, die am Wochenende Strafbereitschaft hatten, hauten einfach aus der Kaserne ab. Als sie nachts um 3 Uhr auf dem Rückweg über den Kasernenzaun stiegen, wurden sie erwischt. Beide bekamen 50,-- DM Strafe aufgebrummt (bei 135,-- DM im Monat eine Stange Geld!).

Die Schweinerei sprach sich schnell herum. Ein Kamerad ging mit dem Schiffchen herum und sammelte für die beiden das Strafgeld ein. Die beiden hatten nämlich keinen Pfennig mehr. 70,--DM kamen bei der Sammlung heraus!

Und damit die Vorgesetzten es ganz genau erfahren, dass harten Strafen mit Solidarität begegnet wird, trat am nächsten Tag ein Kamerad vor die angetretene Kompanie und bedankte sich im Namen der zwei Rekruten. Alle klatschten. Nur der Spiess wurde krebsrot und machte ein langes Gesicht. Dagegen aufzutreten wagte er nicht.
Dieses Beispiel, meine ich, zeigt, dass die 'altbewährte Methode', sich einzelne herauszugreifen, um die Masse einzuschüchtern, in der Bundeswehr nicht mehr hinhaut. Die Solidarität der Soldaten untereinander ist stärker.

Chinesische Eishockeyspieler
in Dortmund

Dortmund hatte für acht Tage Besuch aus der Volksrepublik China. Die chinesische Eishockey-Mannschaft bereitete sich dort auf die Weltmeisterschaften in Holland vor. Aus diesem Anlass fand in der Westfalenhalle ein Freundschaftsspiel zwischen der chinesischen Mannschaft und einer Auswahl von ERC Westfalen und Bad Nauheim statt. 1 500 Menschen waren gekommen, um sich das Spiel anzusehen. War die Stimmung gegenüber den chinesischen Gästen zunächst abwartend, konnte man bald offene Sympathie spüren. Das lag vor allem daran, dass es ein wirkliches Freundschaftsspiel war. Hier waren nicht die härteren Bandagen entscheidend, sondern das spielerische Können. Was das Können angeht, erweisen sich die chinesischen Eishockey-Spieler, entgegen den miesmacherischen Prophezeiungen, als ein ernstzunehmender Gegner.



Das Spiel in Dortmund konnten die chinesischen Gäste 3:1 gewinnen. Langanhaltender Beifall der Zuschauer beglückwünschte sie zu ihrem Sieg. Unter den Zuschauern waren natürlich auch die Rotgardisten aus Dortmund. Sie begrüssten die chinesischen Freunde mit einem Transparent. Es war für diese jungen Genossen eine besondere Freude, dass sie nach dem Spiel Gelegenheit hatten, mit einem der chinesischen Funktionäre zu sprechen. Er freute sich sehr über die Sympathie der deutschen Zuschauer und über den Willkommensgruss der Rotgardisten.

Der Besuch der chinesischen Mannschaft in Dortmund wird sicher helfen, die Freundschaft zwischen dem chinesischen und dem deutschen Volk zu vertiefen.

– Anzeige –

WICHTIGE POLITISCHE BÜCHER zu niedrigen Preisen vom ROT FRONT - VERTRIEB KIEL

1. **Der Freiheitskampf des spanischen Volkes und die internationale Solidarität**
   Dokumente und Bilder zum national-revolutionären Krieg des spanischen Volkes 1936 – 1939 481 S. DM 4,80
2. **W.I.Lenin, Gegen den Revisionismus**
   Sammelband, enthält unter anderem: Marxismus und Revisionismus; Der Zusammenbruch der II. Internationale; Der Imperialismus und die Spaltung des Sozialismus 610 S. DM 3,–
3. **Marx-Engels-Lenin, Über proletarischen Internationalismus**
   Sammelband, enthält im Anhang: Die Erklärung der Beratung von Vertretern der kommunistischen und Arbeiterparteien der sozialistischen Ländern 14. – 16. November 1957 in Moskau 718 S. DM 3,40
4. **Spartacus-Briefe**
   Illegale Materialien der Gründer der KPD – K. Liebknecht und R.Luxemburg – gegen den imperialistischen Krieg 1914-1918. 476 S. DM 3,–
5. **Der I. und II. Kongress der Kommunistischen Internationale**
   Dokumente der Kongresse und Reden Lenins. Enthält die Richtlinien der Komintern sowie die wichtigsten Leitsätze zur Parteifrage, Gewerkschaftsfrage u.a. 328 S. DM 3,–

Prompte Bestellungen erforderlich – Begrenzter Vorrat
Bestellungen an: Rotfront-Verlag, 23 Kiel 1, Postfach

Kontaktadresse: